

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Wirtschaftsflächen
brauchen Steuerung und
Flexibilität
- 6** **Forschung & Publikationen**
Standortfaktoren
entscheiden über
Wettbewerbsfähigkeit
- 24** **Neue Projekte**
Synergien und Zielkonflikte
zwischen Stadtentwick-
lungs- und Umweltpolitik
- 28** **Veranstaltungen**
Digitalisierung und
Smart City – Wie IKT
Dienstleistungen verändert

Editorial

Standpunkt

- 4 Wirtschaftsflächen brauchen Steuerung und Flexibilität

Forschung & Publikationen

- 6 Standortfaktoren entscheiden über Wettbewerbsfähigkeit
- 7 Zukunft der Industrie: Chancen und Herausforderungen für Wiesbaden
- 8 Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung im „Konzern Stadt“
- 9 Herausforderungen wachsender Städte: Leipzig wächst nachhaltig!
- 11 Leitfaden unterstützt Kommunen bei der lokalen Wärmewende
- 12 Kommunaler Klimaschutz: Lokale Akteure erfolgreich beteiligen
- 13 Ausgezeichnete Praxisbeispiele klimaaktiver Kommunen
- 14 Sounds of the Towns – Klänge und Musik in der Stadt
- 16 Kommunen sollten das Wissen aus europäischen Modelllösungen nutzen

Neue Projekte

- 18 baukulturell
- 18 nachhaltig
- 23 klimafreundlich
- 23 mobil
- 24 Policies integriert
- 24 partizipativ

Veranstaltungen

- 26 Veranstaltungsvorschau
- 27 Jahrestreffen der Difu-Zuwanderstädte und -verbände 2017
- 28 Digitalisierung und Smart City – Wie IKT Dienstleistungen verändert
- 29 Energieeffiziente kommunale Gebäude sind Vorbild
- 30 Handlungsoptionen zur Verbesserung der Bildungschancen für Geflüchtete
- 31 Neupositionierung innerstädtischen Wohnens: Chancen durch Vielfalt
- 32 Umgestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen
- 33 Lösungsvorschläge für den städtischen Wirtschaftsverkehr
- 34 Städte im Wandel – die Rolle des Radverkehrs

Nachrichten & Service

- 17 Was ist eigentlich ... Parkraummanagement?
- 19 Veröffentlichungen
- 21 Difu-Service für Zuwander
- 22 Impressum
- 35 Celle – eine Stadt, in der es sich zu leben lohnt
- 36 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 37 Difu aktiv
- 38 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 39 Difu-Mediennachlese

Editorial



Fotos: David Ausserhofer

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Recht auf Stadt“: Diesen Anspruch formulierte der französische Soziologe und Philosoph Henri Lefebvre in seinem Buch „Le droit à la ville“ bereits in den 60er-Jahren. Die Thematik ist heute wieder hochaktuell, denn Nutzungen in der Stadt stehen in wachsender Konkurrenz. Veranstaltungen, Filme und Bücher beschäftigten sich mit der nicht nur rhetorischen Frage „Wem gehört die Stadt?“. Wieder neu und mit hoher Dringlichkeit ist man auf der Suche nach Antworten: Wofür wird der knapper werdende urbane Raum genutzt? Wer darf ihn für sich und seine Bedürfnisse und Ziele beanspruchen und zu welchem Preis – ansiedlungswillige Firmen, Investoren, Wohnungssuchende, Nutzer von Grün-, Freiflächen oder Verkehrswegen?

Den Kommunen kommt beim Umgang mit Flächenkonkurrenzen eine zentrale Rolle zu – als Flächenbesitzer, durch Planung, Steuerung, Moderation und Beteiligung. Sie können im Interesse der Stadtgesellschaft viel bewegen, sitzen aber häufig zwischen allen Stühlen. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen müssen Unternehmen und Investitionen akquiriert werden, um Gentrifizierung vorzubeugen muss es bezahlbaren Wohnraum auch in den Zentren geben, für ein lebenswertes Leben in der Stadt sind Parks, Freiflächen und insgesamt eine nachhaltige Infrastruktur unverzichtbar.

Den hiermit zusammenhängenden Themen widmen sich im aktuellen Berichtsheft der Standpunkt und eine Reihe anderer kommunalrelevanter Beiträge – Wirtschaftsflächen, Standortfaktoren, Wettbewerbsfähigkeit, Industrie 4.0, Smart City und Innenstadtwohnen sind Stichwörter dafür. Es würde uns freuen, wenn Sie von den Beiträgen und vertiefenden Infos auf unserer Website profitieren. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Es grüßen herzlich

Prof. Martin zur Nedden
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Dr. Busso Grabow
Geschäftsführer

Wirtschaftsflächen brauchen Steuerung und Flexibilität

Die räumlichen Auswirkungen des ökonomischen Wandels sowie neue Formen urbanen Wirtschaftens und Arbeitens erfordern eine Stadtentwicklung, die eine Balance zwischen konsequenter Sicherung sowie mehr Offenheit und Nutzerbeteiligung herstellt.

Der Megatrend der Digitalisierung beschleunigt bestehende ökonomische Entwicklungstrends wie Hybridisierung und Individualisierung der Massenfertigung, Wissensbasierung und zunehmende Vernetzung. Die neue Qualität der digitalen Vernetzung zwischen Menschen, Maschinen und Dingen bringt komplexe Wertschöpfungs-systeme hervor, die nicht nur Produktion und Dienstleistungen integrieren – sie führen auch Unternehmen und Kunden zusammen. Mit diesen Trends sind veränderte Standortentscheidungen von Unternehmen und ihren Beschäftigten sowie Veränderungen der Flächennutzung und -nachfrage verknüpft, die sich auf die Stadtstruktur und die Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung insgesamt auswirken.

Neue Wirtschafts- und Arbeitsformen wie Open Creative Labs – z.B. Acceleratoren, Incubatoren, Co-Working – und Wachstumsbranchen wie die Kreativwirtschaft konzentrieren sich auf wachsende Städte und präferieren dort kleinteilige Flächen in integrierten, urbanen Lagen. Im Bereich der Produktion wird mit dem Begriff „Urbane Produktion“ die Rückkehr der Stadtfabrik thematisiert. Er ist jedoch unpräzise, da er sehr unterschiedliche Nutzungen beinhaltet: kleinteilige Manufakturen an der Grenze zum Handwerk und traditionelles Stadteilgewerbe sowie Produktionsformen der Industrie 4.0. Zu Letzterer besteht bisher kaum empirische Evidenz. Grundsätzlich stehen einer Produktion in der Innenstadt vielfache Hürden gegenüber, speziell planungsrechtliche Einschränkungen wie Emissionsgrenzen, die standortspezifisch bewertet werden müssen.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und veränderter Arbeitswelten gewinnen neben den Standortpräferenzen der Unternehmen die Präferenzen potenzieller Mitarbeiter für ihren Wohn- und Arbeitsort an Relevanz. Die Nähe von Wohnen und Arbeiten, das Erscheinungsbild des Betriebsstandortes, das Versorgungs- und Freizeitangebot werden so zu wichtigen Aspekten bei der Unternehmensansiedlung. Auch hier zeigt sich, dass für Hochqualifizierte und Fachkräfte – je nach Branche – urbane Standorte besonders attraktiv sind.

Für die Wirtschaftsflächenplanung bedeutet dies eine weitere Ausdifferenzierung der

Flächennachfrage um kleinteilige Flächen in integrierten oder urbanen Lagen. Gleichzeitig wächst mit dem Zuzug in die „Schwarmstädte“ und der steigenden Nachfrage nach Wohnflächen der Druck auf Wirtschaftsflächen in attraktiven Lagen.

Die Stadtentwicklungsplanung in den wachsenden Städten ist gefordert, Nutzungskonkurrenzen zwischen Wohnen und Gewerbe auszugleichen und Verdrängungsprozesse innerhalb gewerblicher Nutzungen im Blick zu behalten. So werden KMU und „traditionelles Stadteilgewerbe“ durch finanzstärkere Unternehmen der Kreativ- und Kulturwirtschaft verdrängt. Insgesamt ist die Flächennachfrage nach neuen „urbanen Standorten“ jedoch weniger quantitativ als qualitativ von Bedeutung. Sie wirkt jedoch positiv auf das Image einer Stadt als innovativer und kreativer Standort und verleiht den „neuen Räumen der Wirtschaft“ Sichtbarkeit.

Für die Wirtschaftsflächenplanung sind neben sich wandelnden Standortpräferenzen und Flächennachfragen auch veränderte Verkehrsströme wichtig. Diese werden zunehmend komplexer und kleinteiliger. Das Wachstum des Online-Handels und die individualisierte Massenfertigung haben zur Folge, dass die Zahl der Transportwege und Lieferpunkte steigen. Damit verändern sich die Flächenbedarfe im Bereich Verkehr und Logistik: Neben großflächigen Logistikzentren und Kontraktlogistiknutzungen wächst die Nachfrage nach kleinteiligen, innerstädtischen Flächen für Subverteilzentren und eine effiziente City-Logistik.

Diese ökonomischen Entwicklungstrends, speziell die Verschmelzung von Produktion und Dienstleistung in lokal eingebetteten Wertschöpfungs-systemen, erfordern eine Gesamtbetrachtung, die Industrie-, Gewerbe und Büroflächenentwicklung zusammenführt. Die „Kategorien“ von Branchen und Sektoren bilden immer weniger die ökonomische Realität ab. Einige Kommunen haben bereits ihre Planung um Wirtschaftsflächenkonzepte erweitert, die Büro- und Dienstleistungen sowie gemischtgenutzte Standorte mit einschließen. Auch vor dem Hintergrund der Baurechtsnovelle, mit der gerade die Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ eingeführt wurde, ist dies ein zukunftsweisender Schritt. Um hier neue Formen der



Fotos: David Auserhofer



Dipl.-Ing. Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de



Nutzungsmischung erproben zu können, ist die Kooperation zwischen den Fachplanungen in Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung unerlässlich. Darüber hinaus sind regionale Bezüge von zentraler Bedeutung – besonders bei hohem Wachstumsdruck und begrenzter Flächenverfügbarkeit. Eine Wirtschaftsflächenpolitik kann nur in Kooperation mit dem Umland wirkungsvoll sein und bildet die Grundlage für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit.

Nicht zuletzt erfordern die Notwendigkeit der Ausrichtung an nationalen und kommunalen Nachhaltigkeitszielen, der Klimaschutz aber auch Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen der Unternehmen eine effizientere und umweltfreundlichere Flächen- und Ressourcennutzung. 40 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs entfallen auf Industrie bzw. Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, also auf Aktivitäten, die meist auf Wirtschaftsflächen stattfinden. Betriebe sind im globalen Wettbewerb zunehmend gefordert kostensparender zu wirtschaften. So wird die Nachfrage nach qualifizierten, effizienten Flächen im Zuge der Industrie 4.0 steigen. Große Potenziale aber auch Herausforderungen für entsprechende Flächenqualifizierungen liegen dabei in den Bestandsflächen.

Mit Blick auf zunehmende Nutzungskonkurrenzen und den Wettbewerb um die höchste Bodenrendite sind Wirtschaftsflächen in besonderem Maße auf planerische Sicherung angewiesen. Ein zentrales Steuerungsinstrument ist die Umsetzung einer aktiven Liegenschaftspolitik. Die größte Eingriffsmöglichkeit haben Kommunen auf eigenen Flächen. Auch Erbpachtverträge ermöglichen Einflussnahme, und über Konzeptverfahren können

Entwicklungsspielräume bei der Vergabe von Liegenschaften definiert werden. Nach dem langen Trend des Flächenverkaufs in Kommunen und der Einsicht, dass neben fehlenden Aktivierungsmöglichkeiten auch Folgekosten durch Flächenerschließungen den kommunalen Haushalt belasten statt entlasten, wird aktuell wieder vermehrt über Flächenankäufe bzw. aktiven Zwischenerwerb von brachgefallenen und untergenutzten Flächen diskutiert.

Die neuen Herausforderungen der Wirtschaftsflächenentwicklung liegen somit darin, einerseits auf „Gewissheiten“ wie steigende Flächennachfrage, Zunahme der Dienstleistungen, wissensintensiven und kreativen Tätigkeiten sowie unveränderte Bedeutung des produzierenden Bereichs mit einer starken Steuerung und Planung zu reagieren. Andererseits muss den „Ungewissheiten“ wie Auswirkungen der Hybridisierung und Industrie 4.0 mit Flexibilität und Offenheit begegnet werden. Viele der heute bedeutenden „neuen Formen der gewerblichen Nutzungen“ haben sich in Städten auf dem Boden einer „planerischen Unterlassung“ entwickelt wie die Kreativwirtschaft aus der Zwischennutzung. Mögliche Antworten liegen in Instrumenten wie nutzergenerierten Konzepten und Teilnehmungsformaten bis hin zur Strategie der aktiven Unterlassung für ausgewiesene Stadträume. Standortsspezifische Angebote und Entwicklungsperspektiven sind über Pilotprojekte und Reallabore entwickelbar. Mit dem Einsatz eines Klimaschutz- und Gebietsmanagements können lokale Bedarfe und Entwicklungsziele ausgearbeitet und mit Stakeholdern umgesetzt werden.

zum Weiterlesen

Institut Arbeit und Technik (Hg.): Neue Arbeit und Produktion im Quartier – Beobachtungen und Wishful Thinking, Bochum 2015.
[➔ www.bit.ly/2tBnEP](http://www.bit.ly/2tBnEP)

Deutscher Städtetag und Difu (Hg.): Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften, Berlin 2015 (Difu-Impulse 1/2015)
[➔ www.difu.de/9715](http://www.difu.de/9715)

Landeshauptstadt Stuttgart – Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (Hg.): Symposium DIE PRODUKTIVE STADT, Stuttgart 2015.
[➔ www.bit.ly/2tplhcv](http://www.bit.ly/2tplhcv)

Daniel Zwicker-Schwarm (Hg.): Wirtschaftsflächen der Zukunft, Berlin 2013 (Difu-Impulse 5/2013)
[➔ www.difu.de/8767](http://www.difu.de/8767)

Standortfaktoren entscheiden über Wettbewerbsfähigkeit

Der Bedeutung kommunaler Standortfaktoren widmete sich das Difu in einer Untersuchung, die es im Auftrag der KfW durchführte. Die Studie zeigt eine steigende Relevanz weicher personenbezogener Faktoren, aber auch eine höhere Anforderung an harte Faktoren.



Kommunale Wirtschafts- und Standortpolitik muss sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen. So haben der anhaltende Trend der Urbanisierung, der Klimawandel, die Folgen der demographischen Veränderungen sowie die Auswirkungen der Digitalisierung auch Einfluss auf die Standortentscheidungen von Unternehmen.

Auf Grundlage der Daten einer „Koordinierten Unternehmensbefragung“ aus vier Städten nahm das Difu im Auftrag der KfW Bankengruppe eine Untersuchung zur Relevanz kommunaler Standortfaktoren vor. Die in der Reihe Difu-Papers erschienene Kurzstudie verdeutlicht die weiter steigende Bedeutung weicher personenbezogener Standortfaktoren, wie die Sicherheit in der Kommune, die Gesundheitsversorgung oder die Luft- und Umweltqualität. Für viele hochqualifizierte Fachkräfte sind Wohn- und Lebensqualität ausschlaggebend für die Wahl des Wohn- und Arbeitsortes. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels richtet sich die Standortentscheidung von Unternehmen deshalb auch zunehmend nach den persönlichen Wohn- und Arbeitsortpräferenzen der (potenziellen) Beschäftigten.

Gleichzeitig kann aber kein grundsätzlicher Bedeutungsverlust harter Standortfaktoren, wie der der Flächenverfügbarkeit oder technischen und verkehrlichen Infrastrukturanbindung, ausgemacht werden. Vielmehr sind auch hier die Anforderungen gestiegen, da diese von Unternehmen in der Regel vorausgesetzt werden. Für die konkrete Beurteilung müssen jedoch auch Unterschiede je nach Branche/Markt und Unternehmensgröße berücksichtigt und zwischen den

Anforderungen an Mikro- und Makrostandort differenziert werden. So ist die digitale Erschließung beispielsweise ausschließlich für den Mikrostandort relevant und branchenabhängig werden Internetanbindungen in Bandbreiten von einem Gigabyte erforderlich.

Für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklungspolitik, die die Standortanforderungen von Unternehmen mit aufgreift, sind folgende fünf Ansätze besonders wichtig:

- Breitgefächertes und sicheres Angebot an Wirtschaftsflächen bereitstellen
- Verkehrliche und technische Anbindung umweltgerecht und nutzerorientiert ausbauen
- Verfügbarkeit von bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum sichern
- Versorgungs- und soziale Infrastrukturen fördern
- Kulturelle Vielfalt und Weltoffenheit stärken

Darüber hinaus bestehen je nach Ausgangslage in wachsenden oder schrumpfenden Regionen unterschiedliche Handlungsspielräume: Während letztere sich mit der sinkenden Auslastung und Wirtschaftlichkeit von Infrastruktureinrichtungen auseinandersetzen müssen, stehen Wachstumsregionen vor der Aufgabe diese weiter auszubauen. Zur erfolgreichen Umsetzung muss mit den Nachbargemeinden und in der Region kooperiert werden. Viele Kommunen gehen bereits mit guten Beispielen voran, z.B. durch Neuausrichtung und integrierte Ansätze bei der Verkehrs- und Wirtschaftsflächenplanung im regionalen Kontext.



www.difu.de/publikationen



Dipl.-Soz. Detlef Landua

+49 30 39001-196

DLandua@difu.de

Dipl.-Ing.

Sandra Wagner-Endres

+49 30 39001-154

wagner-endres@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

+49 30 39001-297

wolf@difu.de

Zukunft der Industrie: Chancen und Herausforderungen für Wiesbaden

Eine gemeinsame Studie des Difu mit der GEFAK zeigt Potenziale und Handlungsfelder für eine strategische Stärkung der Industrie in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Stadtverordnetenversammlung nimmt Ergebnisse in Industriestrategie auf.

Die industrielle Produktion befindet sich im Umbruch. Vor dem Hintergrund innovativer Produktionstechnologien und zunehmender Verflechtung von Produktion und Dienstleistung erfährt die Industrie in vielen Städten eine neue Bewertung: Sie wird als Ausgangspunkt von Innovation und Wachstum und unentbehrlicher Bestandteil regional eingebetteter Wertschöpfungs-systeme begriffen.

Daher gab die Landeshauptstadt Wiesbaden die Studie „Industriestandort Wiesbaden stärken“ beim Difu in Kooperation mit der Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung (GEFAK) in Auftrag. Sie dient als Grundlage für die Entwicklung einer Industriestrategie, die den Unternehmen eine langfristige Perspektive am Standort aufzeigt. Ausgangspunkt bildete eine Auswertung der wirtschaftlichen Strukturdaten Wiesbadens, die die regionale Bedeutung der Stadt als Industriestandort im Vergleich mit Frankfurt am Main, Darmstadt, Mainz, Offenbach, Worms und Aschaffenburg verdeutlichte. In einer quantitativen Befragung ansässiger Industrieunternehmen wurden Einschätzungen zu den Standortfaktoren und Entwicklungstrends sowie der Bedarf der Unternehmen erhoben. Ergebnis ist eine Stärken-Schwächen-Analyse, die in vertiefenden Interviews und einem Expertenworkshop überprüft und in Handlungsvorschläge überführt wurde.

Die Untersuchung zeigt die Bedeutung, die die Industrie auch an einem traditionellen Dienstleistungsstandort haben kann: In Wiesbaden sind international und global erfolgreiche Industriebetriebe ansässig, die wegen des hohen Qualitätsanspruchs in Deutschland produzieren und die hohe Erreichbarkeit durch die zentrale Lage und Flughafennähe schätzen. Aufgrund ihrer Verflechtungen mit unternehmensnahen Dienstleistungen und der Logistik sind sie Impulsgeber für die Stadt, wobei das Vernetzungspotenzial – wie beispielsweise zu Querschnittsbranchen und im Bereich Bildung (Hochschulen) – nicht ausgeschöpft wird. Ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass die Förderung der Industrie von Seiten der Unternehmen in erster Linie als Kommunikationsaufgabe gesehen wird. Die Bedeutung und Rolle der Industrie sei in der Bevölkerung oft unbekannt, die Industrie habe ein schlechtes



Image. Deswegen sollten deutschland- und weltweit bekannte Produkte „Made in Wiesbaden“ vor Ort stärker kommuniziert werden. Des Weiteren zeigen Unternehmen großes Interesse am Ausbau ihrer Kooperationen am Standort, wofür Sie branchen- und sektorenübergreifende Informationen im Sinne von „wer macht was“ benötigen.

Die besondere Herausforderung für die Stadtentwicklungsplanung liegt im Ausgleich der zunehmenden Flächennachfrage und -konkurrenzen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird von Unternehmen bereits als Entwicklungshemmnis wahrgenommen. Zugleich sind Unternehmen durch eine „heranrückende Wohnbebauung“ in Hinblick auf die Bedeutung des Produktionsstandorts verunsichert. Eine weitere Herausforderung liegt im „Schritt halten“ der Infrastrukturen mit dem ökonomischen Wachstum. Lösungsmöglichkeiten liegen nicht nur im weiteren Ausbau, sondern vor allem in intelligenten Lösungen, wie sie beispielsweise im Bereich Logistik über die Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials und Know-hows für ein City-Logistik-Konzept nutzbar gemacht werden sollten. Das Zukunftsthema Industrie 4.0 bietet Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung Wiesbadens. Wie an vielen Standorten herrscht dazu bislang eine abwartende Haltung seitens der Unternehmen. Damit ansässige Unternehmen den Schritt in die Zukunft wagen, sollte die Kommune aktiv unterstützen und Plattformen für Kooperationen oder Innovations- und Technologieförderung stärken.

Die Ergebnisse der Studie wurden im Februar von der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung als Industriestrategie beschlossen.



www.bit.ly/2sZ3aKr



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

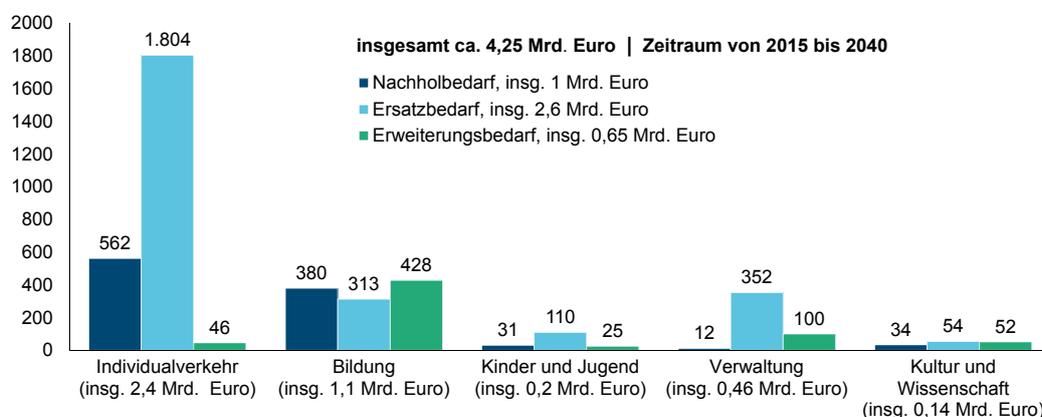
Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung im „Konzern Stadt“

Seit Jahren beklagen die Kommunen einen Substanzverlust ihrer Infrastruktur aufgrund zu geringer Investitionen. Nachhaltige Infrastrukturpolitik muss deshalb fach- und periodenübergreifend ausgerichtet werden.

Eine nachhaltige Infrastrukturpolitik erfordert eine integrierte Stadtstrategie, die auf die Bereitstellung bedarfsgerechter Infrastrukturen zielt: Wie lassen sich aber aus finanz- und haushaltspolitischer Sicht der Infrastrukturbedarf (wachsender)

Erweiterungsbedarf (1,6 Prozent). Die Infrastruktur- und Investitionsbedarfe der in das Projekt einbezogenen Beteiligungsunternehmen werden derzeit noch ermittelt.

Investitionsbedarf in ausgewählten Aufgabenfeldern der Stadt Köln



Quelle: Eigene Berechnungen des Difu.



Städte und begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten in Einklang bringen? Welches Zahlen- und Schätzmodell braucht eine Stadt zur Abschätzung ihres künftigen Bedarfs? Wie lassen sich Planungen der Beteiligungen und der städtischen Einheiten optimal „steuern“? Diese Fragen leiten ein Projekt, das das Difu-Team „Finanzen“ zusammen mit dem Finanzwissenschaftlichen Institut an der Universität zu Köln und der Stadt Köln durchführt. Dabei geht es um die Entwicklung von Reporting-Instrumenten, Prognose- und Planungstools sowie fach- und konzernübergreifenden Austausch-Prozessen. Das vom Difu entwickelte Schätzmodell differenziert dabei nach Geschäfts- und Aufgabenfeldern im „Konzern Stadt Köln“ und eignet sich so zur Szenario-Bildung künftigen Infrastrukturbedarfs in Relation zur langfristigen Tragfähigkeit des Haushalts.

Erste Ergebnisse zeigen, dass der gesamte Investitionsbedarf in den betrachteten Aufgabenfeldern der Stadt Köln bis zum Jahr 2040 – in einer eher konservativen Schätzung – rund 4,25 Mrd. Euro beträgt. Dabei stellt der Ersatzbedarf mit ca. 60 Prozent den größten Anteil dar, gefolgt vom Nachholbedarf mit ca. 24 Prozent und dem

Zur Plausibilisierung des ermittelten Infrastrukturbedarfs werden die Ergebnisse mit anderen Schätzungen dieser Art verglichen. Die Ergebnisse sind dabei trotz ihrer Vorläufigkeit durchaus beachtlich. 2016 betrug der kommunale Investitionsrückstand für Deutschland in den Bereichen Kinderbetreuung, Kultur, Straßen und Verkehrsinfrastruktur, öffentliche Verwaltungsgebäude und Schulen insgesamt rund 90 Mrd. Euro (KfW-Kommunalpanel). In Köln betrug der Nachholbedarf rund eine Milliarde Euro. In Relation zur jeweiligen Einwohnerzahl decken sich diese Ergebnisse in etwa. Das relative Gewicht einzelner Bereiche lässt jedoch Stadtspezifika erkennen. So entfielen 55 Prozent auf den Individualverkehr (KfW: 40 Prozent), 37 Prozent auf den Bildungsbereich (KfW: 37 Prozent), vier Prozent auf das Feld Kultur und Wissenschaft (KfW: fünf Prozent), drei Prozent auf den Bereich Kinder und Jugend (KfW: fünf Prozent) und ein Prozent auf die Verwaltungsinfrastruktur (KfW: 13 Prozent). Neben weiteren Plausibilisierungen, müssen die Erkenntnisse nun in einen gesamtstädtischen Diskurs- und Strategieprozess einfließen, um so ihre unterstützende Funktion für langfristige Strategieentscheidungen von Politik und Zivilgesellschaft entfalten zu können.



www.difu.de/9945



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Herausforderungen wachsender Städte: Leipzig wächst nachhaltig!

Der Slogan „Leipzig wächst nachhaltig“ greift die positive Entwicklung der Stadt auf. Das Difu und die Stadt Leipzig arbeiten gemeinsam an einem Konzept für eine Leipziger Gesamtsteuerung, das die Herausforderungen wachsender Städte in den Blick nimmt.



Stadtsilhouette mit Leipziger Rathausturm im Hintergrund

Der Leitgedanke „Leipzig wächst nachhaltig“ ist Feststellung und Anspruch zugleich. Mit dieser Vorgabe geht die Stadt Leipzig in die Zukunft. Das Motto greift die positive Entwicklung der letzten Jahre auf – verknüpft sind damit jedoch auch wachsende Herausforderungen für die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben. Es gilt die Attraktivität Leipzigs als Wohn- und Gewerbestandort bei zunehmender Bevölkerungszahl langfristig zu erhalten. Dies erfordert eine vorausschauende Perspektive, die alle Aufgabenbereiche in den Blick nimmt. Wichtige strategische Überlegungen wurden bei der bereits laufenden Entwicklung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) festgeschrieben. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat diesen Prozess punktuell begleitet. Daran anknüpfend wurde das Difu beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsstelle 2020 ein Konzept für eine Leipziger Gesamtsteuerung zu entwickeln. Die Konzeption fügt sich in eine Reihe strategisch wichtiger Maßnahmen ein, die von der Projektgruppe koordiniert und begleitet werden. Leipzig macht sich damit fit für die Herausforderungen einer wachsenden Stadt. Das zu entwickelnde Konzept der Leipziger Gesamtsteuerung soll die bereits heute vorhandenen Steuerungsprozesse aufgreifen. Im Rahmen einer Ist-Analyse wurde deshalb eine Vielzahl von Dokumenten gesichtet, die einen Bezug zur (strategischen) Planung der Aufgabenwahrnehmung der Stadt Leipzig haben. Die Dokumente

thematisieren eine Vielzahl von Steuerungsaspekten. Es wurden 27 teilweise aufeinander aufbauende Prozesse identifiziert, die großen Einfluss auf die Aufgabenwahrnehmung in Leipzig haben. Gemeinsam mit der Geschäftsstelle 2020 wurden daraus insgesamt elf zentrale Schlüsselprozesse ausgewählt, die vertieft analysiert wurden. Die Ergebnisse der Ist-Analyse bilden nun die Grundlage für die Entwicklung eines aufgabenübergreifenden Gesamtmodells kommunaler Steuerung. Den Rahmen für konzeptionelle Überlegungen bilden dabei die in Wissenschaft und Praxis diskutierten Elemente einer strategischen Steuerung, die an die spezifischen Anforderungen der Stadt Leipzig angepasst werden müssen. Das Soll-Konzept wird in einer Bürgermeisterklausur in Leipzig im August 2017 vorgestellt und diskutiert. Wenn die konzeptionellen Ideen überzeugen, so soll sich daran die Umsetzungsphase anschließen.

Die Erfahrungen aus dem Vorhaben in Leipzig können auch für andere Städte wertvoll sein. Das Difu strebt an, sie mit den Erkenntnissen aus der Entwicklung einer nachhaltigen Infrastruktur- und Finanzplanung in Köln und anderen Projektaktivitäten zur strategischen Steuerung in Kommunen zusammenzuführen. Den Praxistest müssen die entwickelten Instrumente erst noch bestehen, konzeptionelle Impulse liefern die Aktivitäten in Vorreiterstädten wie Leipzig oder Köln aber bereits heute.



www.bit.ly/2stRYli



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de



Leitfaden unterstützt Kommunen bei der lokalen Wärmewende

Für Städte ist die Wärmewende der Schlüssel für das Erreichen der klima- und energiepolitischen Ziele. Wie lässt sich der Umbau der lokalen Wärmeversorgung organisieren und beschleunigen? Ein neuer Leitfaden gibt Handlungsempfehlungen.

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, den Gebäudebestand bis 2050 annähernd klimaneutral zu gestalten. Für eine CO₂-Einsparung in dieser Größenordnung ist ein umfassender Umbau – eine Transformation – städtischer Wärmeversorgungssysteme unumgänglich. Neben einer deutlichen Steigerung der Sanierungsrate von Gebäuden müssen fossile Energieträger unter Anwendung hocheffizienter zentraler, semi- und dezentraler Versorgungslösungen weitgehend durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Dabei stellen sich z.B. folgende Fragen: Welche technischen Pfade für die Transformation sind für eine spezifische Kommune sinnvoll? Welche Akteure sind zu welchem Zeitpunkt mit welchen spezifischen Rollen in den Transformationsprozess einzubinden?

Bei der Realisierung der Wärmewende und dem Umbau städtischer Wärmeversorgungssysteme haben Kommunen eine zentrale Verantwortung. Ihnen kommt die Aufgabe zu, die komplexen Veränderungsprozesse auf kommunaler Ebene nicht nur geschehen zu lassen: Sie müssen diese – unter Einbeziehung weiterer Schlüsselakteure wie Energieversorgern, Wohnungsunternehmen und Privateigentümern – in einem flexiblen Prozess-Design langfristig-strategisch gestalten. Das notwendige Management der Transformation ist weit mehr als ein „klassischer“ Planungsprozess. Es geht um die Organisation eines gesamtstädtischen Such-, Experimentier- und Lernprozesses, der technische und auch organisatorische und institutionelle Aspekte umfasst.

Ein neuer Leitfaden unterstützt Kommunen durch Handlungsempfehlungen zu Prozessgestaltung und Instrumenteneinsatz dabei, die kommunale Wärmewende schrittweise umzusetzen. Er schlägt den Bogen zwischen Stadtentwicklung und Wärmeversorgung und erläutert, wie energetische Gebäudemodernisierung und die Transformation der Versorgungsstrukturen räumlich und zeitlich abgestimmt werden können. Aus technischer Perspektive werden zentrale Transformationswege und ihr Beitrag zur Erreichung des CO₂-Einsparziels im Gebäudebereich dargestellt.

Als Roter Faden wird in der Publikation ein Prozesszyklus des kommunalen Transformationsmanagements in zehn Schritten dargestellt.

Er orientiert sich an den räumlichen Ebenen Gesamtstadt und Quartier und stellt die wechselseitige Abhängigkeit voneinander dar. Der strategischen Suche nach technischen und organisatorischen Umbaumöglichkeiten auf gesamtstädtischer Ebene folgt die beispielhafte Umsetzung auf Quartiersebene im Rahmen gezielter Interventionsimpulse. In diesem Sinne können beispielsweise energetische Quartierskonzepte für die konzeptionelle Vorbereitung neuer technischer und organisatorischer Maßnahmen genutzt werden. Aber auch die pilothafte Realisierung neuer Versorgungstechnologien oder neue Methoden und Formate der Öffentlichkeitsarbeit sind denkbar.

Die kontinuierliche Reflexion der gewonnenen Erfahrungen hilft schließlich dabei, den gesamtstädtischen Transformationsprozess zu optimieren.



Foto: Robert Riechel

Der Leitfaden entstand im Forschungsvorhaben „Transformation des städtischen Energiesystems und energetische Stadtsanierung. Kommunales Transformationsmanagement auf Basis integrierter Quartierskonzepte“ (TransStadt). Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Fördermaßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ geförderte Projekt wurde gemeinsam vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), Lehrstuhl Stadttechnik, durchgeführt.



www.difu.de/11268



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Kommunaler Klimaschutz: Lokale Akteure erfolgreich beteiligen

Bürger, Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft für den kommunalen Klimaschutz zu gewinnen, ist mitunter herausfordernd. Eine neue Broschüre des SK:KK am Difu zeigt, wie es gelingen kann.



Quelle: Drees + Riggers GbR

Um Klimaschutzmaßnahmen zu planen und vor Ort erfolgreich umzusetzen, ist es für Kommunen essenziell, mit lokalen Akteuren zusammenzuarbeiten: Ob Vereine, Forschungs- und Bildungseinrichtungen oder lokale Energieversorger – sie alle verfügen über Wissen zu lokalen Gegebenheiten, technisches Know-how und Erfahrungswerte, die für eine effektive Klimaschutzarbeit überaus wertvoll sind. Gleichzeitig können lokale Akteure als Multiplikatoren und Investoren dort für den Klimaschutz aktiv werden, wo der Einfluss der Kommune begrenzt ist, beispielsweise in Unternehmen oder im Kontakt zum Verbraucher. Zudem trägt die Beteiligung lokaler Akteure entscheidend zur Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen bei. Diese Akzeptanz macht ein langfristiges Engagement im Klimaschutz überhaupt erst möglich.

Wie Kommunen vor allem Bürger, Unternehmen sowie Akteure aus der Land- und Forstwirtschaft erreichen und für den Klimaschutz gewinnen können, zeigt die neu erschienene Broschüre „Akteure im kommunalen Klimaschutz erfolgreich beteiligen. Von den Masterplan-Kommunen lernen“ des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK). Die Publikation erläutert anhand von 16 Praxisbeispielen Schlüsselfaktoren

für eine erfolgreiche Beteiligung. Die Beispiele stammen aus „Masterplan-Kommunen“, die aufgrund ihrer besonders ambitionierten Klimaschutzziele im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative vom Bundesumweltministerium gefördert werden.

Als Erfolgsfaktoren für Beteiligungsprozesse haben sich in den Masterplan-Kommunen beispielsweise die Unterstützung durch die lokale Politik, durch namhafte Persönlichkeiten aus der Kommune sowie die enge und gezielte Zusammenarbeit mit Multiplikatoren erwiesen. Deziert werden in der Broschüre außerdem wichtige Weichenstellungen in der Planung und Umsetzung von Beteiligungsprozessen benannt. Kommunen, die künftig selbst verstärkt auf solche Prozesse setzen wollen, erhalten Tipps zur zielgruppengerechten Ansprache sowie zu Formaten und Methoden, mit deren Hilfe Klimaschutzthemen ansprechend vermittelt werden können. Denn nicht immer verläuft die Beteiligung im kommunalen Klimaschutz erfolgreich – ein Szenario, das in der Publikation ebenfalls thematisiert wird.



www.difu.de/11312



Mareike Hansel, M.A.
+49 30 39001-236
hansel@difu.de

Elisabeth Frach, M.A.
+49 30 39001 171
frach@difu.de

Taina Niederwippen, M.A.
+49 30 39001 172
niederwippen@difu.de

Ausgezeichnete Praxisbeispiele klimaaktiver Kommunen

Online-Broschüre zu den Gewinnerprojekten des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2016“ liefert Kommunen Anregungen und erprobte Ideen für erfolgreichen Klimaschutz und wirksame Klimaanpassung.



Foto: hearts&brains/Difu



Stadt Jena, Stadt- und Straßenbäume im Klimawandel

„Ausgezeichnete Praxisbeispiele“ lautet der Titel der gerade erschienenen Online-Broschüre, die alle neun prämierten Projekte des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2016“ vorstellt. Die Städte Arnberg, Emden, Ettlingen, Jena, Karlsruhe und Uebigau-Wahrenbrück sowie die Landkreise Ebersberg, Elbe-Elster und Enzkreis wurden für ihre Aktivitäten zur Vermeidung von klimaschädlichem CO₂ und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ausgezeichnet. Ihre Projekte zeigen, wie durch vielseitige Kooperationen und die Motivation von Akteuren der Schutz des Klimas und die Klimafolgenbewältigung gelingen können. Letztere stand bei dem seit 2009 durchgeführten Wettbewerb erstmals im Fokus.

Ziel des Wettbewerbs ist es, anderen Städten, Gemeinden und Landkreisen Ideen und Anregungen zum eigenen Handeln in diesen Bereichen zu geben. Außerdem soll der interkommunale Austausch gefördert werden, weshalb zu jedem Projekt eine Kontaktperson genannt ist. Die ausgezeichneten Praxisbeispiele reichen von der Renaturierung von Gewässern in der Stadt Arnberg bis hin zu einem klimafreundlich gestalteten Schlemmerfest der Stadt Emden. Das Beispiel aus Ettlingen zeigt, wie die Stadt mit selbst

entwickelten Energiesparboxen ihre Bürger zu mehr Klimaschutz im Alltag motiviert, während die brandenburgische Stadt Uebigau-Wahrenbrück mit der Umgestaltung einer ehemaligen Brikettfabrik zu einem Lernort für Klima- und Energiethemata ein Zeichen für einen nachhaltigen Strukturwandel in der Region setzt.

Die Broschüre „Ausgezeichnete Praxisbeispiele – Klimaaktive Kommune 2016. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik“ kann kostenfrei als barrierefreies PDF heruntergeladen werden.

Den Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ (zuvor „Kommunaler Klimaschutz“) führt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium durch. Kooperationspartner sind die kommunalen Spitzenverbände. 2017 konnten Kommunen deutschlandweit bis zum 15. April am Wettbewerb teilnehmen. Im Sommer tagt die Jury und wählt die diesjährigen Gewinner aus. Alle Bewerber erfahren zeitnah, ob sie gewonnen haben. Die öffentliche Bekanntgabe und Auszeichnung der Preisträger findet im Rahmen der nächsten Kommunalen Klimakonferenz am 22. und 23. Januar 2018 in Berlin statt.



www.difu.de/11275



Dipl.-Geogr. Anna Jolk
+49 221 340 308-22
jolk@difu.de

Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340 308-17
vorwerk@difu.de

Sounds of the Towns: Klänge und Musik in der Stadt

Wie Klänge Städte prägen und welche Rolle Musik für sie spielt sind die Themen der neuen Ausgabe der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ – MSG, die mit diesem Heft ihren Namen ändert (bisher: „Informationen zur Modernen Stadtgeschichte“).

Die Titelländerung der Zeitschrift trägt dem Umstand Rechnung, dass sich der Charakter der Zeitschrift bereits vor längerer Zeit von einem Newsletter zu einer wissenschaftlichen Zeitschrift mit hohem Anspruch geändert hatte. Ihre Struktur bleibt zunächst gleich: Neben dem Themenschwerpunkt von jeweils 80-90 Seiten, der von Gast-Herausgebern betreut wird, werden in der Rubrik „Forum“ wissenschaftliche Aufsätze zu verschiedenen stadtgeschichtlichen Themen ohne Bindung an das jeweilige Schwerpunktthema veröffentlicht. Diese Beiträge durchlaufen ein anonymes Peer-Review-Verfahren.



Foto: Wolf-Christian Straus

In ihrer Einleitung erläutert Sabine Mecking als verantwortliche Herausgeberin das Anliegen des Schwerpunktthemas „Sounds of the Towns – Stadt und Musik“. Es geht darum zu fragen: „Wie klingt eine Stadt, welche Klänge sind prägend, und was sagt das über die Kultur und das Profil einer Stadt aus?“.

Die Beiträge des Schwerpunktthemas präsentieren ein breites Spektrum an Stadtbeispielen und thematischen Fokussierungen. Daniel Morat geht in „Berliner Luft. Zur Karriere einer Stadthymne“ auf die Entstehung und Verbreitung

des bekannten Schlagers ein, während Sven Oliver Müller im Blick auf Opernaufführungen in den europäischen Metropolen im 19. Jahrhundert Musik und städtische Politik diskutiert. Stefan Manz widmet sich dem Wirken deutscher Musiker in Edinburgh und Glasgow von 1840-1914, während Daniel Reupke die politische Instrumentalisierung von Musik auf NS-Reichsparteitagen untersucht. Musik als Ausdrucksform von Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht steht im Zentrum des Beitrags von Yvonne Wasserloos über Aspekte der Musikkultur in Kopenhagen von 1940-1943. Weitere Beiträge behandeln die Musikfestivals im lettischen Ostseebad Jūrmala von 1986-2014, eine Leitrezension setzt sich mit dem 2014 von Tobias Widmaier und Nils Grosch herausgegebenen Sammelband „Populäre Musik in der urbanen Klanglandschaft“ auseinander.

In der Rubrik Forum beleuchtet der Wiener Historiker Peter Payer in „Ununterbrochen in Betrieb. Eine Geschichte der Paternoster in Wien, 1906 bis heute“ die Geschichte dieses für die vertikale Stadtentwicklung sehr wesentlichen und heute weitgehend vergessenen Transportmittels. Martin Kohlrausch (Leuven, Belgien) setzt sich in seinem Beitrag „Ein eigener Weg in die Moderne? Architekten in Ostmitteleuropa zwischen 1910-1948“ mit der Bedeutung moderner Architekten in Osteuropa auseinander.

Im Berichtsteil geht es um eine Konferenz aus dem Dezember 2016 am DHI London mit dem Titel „The De-industrialising City“, um einen Workshop zu Pfadkonzepten in der historischen Stadtforschung in Hamburg an der Helmut-Schmidt-Universität aus dem Januar 2017 und eine Konferenz über Hamburg und Rotterdam im 20. Jahrhundert an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg aus dem März 2017. Außerdem werden Rückblicke gegeben auf die Konferenzen „UrbanTopias. Discussing the Challenges of Changing“ aus dem Oktober 2016 in Berlin, „Romantische Urbanität“ aus dem November 2016 in Jena sowie auf das Frühjahrs-kolloquium 2017 des Instituts für vergleichende Städtegeschichte (Münster) über „Die materielle Kultur der Stadt in Spätmittelalter und Früher Neuzeit“.



www.bit.ly/2uVcbCS



Prof. Dr. Christoph
Bernhardt
+49 33 62793-142
christoph.bernhardt@
leibniz-irs.de



Kommunen sollten das Wissen aus europäischen Modelllösungen nutzen

Transnationale Projekte dienen dazu, länderübergreifend Lösungen für gemeinsame Probleme zu erarbeiten. Wie Ergebnisse der europäischen Zusammenarbeit genutzt und verbreitet werden können, zeigt eine neue MORO-Information.



In den Programmen der transnationalen Zusammenarbeit (Interreg B) entwickeln deutsche Kommunen und Regionen sowie Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden mit ihren europäischen Projektpartnern vielfältige Lösungen für eine integrierte räumliche Entwicklung.

Diese Programme sind etwas Besonderes: Sie bringen Menschen aus verschiedenen europäischen Großregionen zusammen, um in transnationalen Projekten Lösungen für gemeinsame Probleme zu erarbeiten – durch Antworten auf die Folgen des Klimawandels, Impulse für einen nachhaltigen Verkehr oder Konzepte für eine bessere Förderung technologischer oder sozialer Innovationen.

Im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zusammen mit weiteren Partnern – IMP-HSG Institut für Systemisches Management und Public Governance, Universität St. Gallen und blue! advancing european projects, München – untersucht, wie für die Ergebnisse dieser transnationalen Zusammenarbeit eine bessere Verbreitung und Anwendung – „Kapitalisierung“ – erreicht werden kann. Dies ist gegenwärtig besonders wichtig, weil die Erwartungen an die

Ergebnisorientierung von transnationalen Projekten in der laufenden Förderperiode erneut erheblich gestiegen sind.

Wie alle Projekte sind auch Interreg-Kooperationen zielgerichtete, einmalige Vorhaben mit einem klar definierten Anfangs- und Endtermin. Daher stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, die Projektergebnisse in der eigenen Kommune oder Region nach Projektende zu verstetigen. Bei europäischen Projekten kommt ein weitergehender Anspruch hinzu: Fördergelder fließen nicht zuletzt deshalb, weil von den Projektkonsortien übertragbare Lösungen mit Modellcharakter entwickelt werden sollen. Es geht also darum zu erreichen, dass solche europäischen Modelllösungen von anderen Städten und Regionen aufgegriffen werden können.

Wie diese Kapitalisierung von Interreg-Ergebnissen funktionieren kann und was kritische Faktoren sowie erfolgversprechende Strategien für deren Anwendung in anderen Regionen sind, wird in einer neuen MORO-Information aufgezeigt. Vier wesentliche Bausteine für eine erfolgreiche Kapitalisierung und eine Checkliste für die Praxis wurden erarbeitet und sind in der Veröffentlichung dargestellt.



www.difu.de/11257



Dr. Beate Hollbach-Grömig

+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Dr. Jürgen Gies

+49 30 39001-240
gies@difu.de

Parkraum- management

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Unter Parkraummanagement wird die zeitliche und räumliche Beeinflussung der Parkraumnutzung durch bauliche, organisatorische und verkehrsrechtliche Maßnahmen verstanden, die lokale Bedingungen berücksichtigt.

Parkraummanagement soll das Parkraumangebot und die -nachfrage im Sinne von Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Verträglichkeit steuern. Für ein erfolgreiches Parkraummanagement ist das Einbeziehen von Maßnahmen bzw. Daten der Angebotssteuerung, des Parkraumangebots, der Informations- und Leitsysteme sowie der Parkraumbewirtschaftung notwendig.

„Parkraummanagement ist kein Katalog von Negativmaßnahmen, sondern Baustein eines integrierten Mobilitätskonzepts.“

Zentrale Maßnahmen der Parkraumbewirtschaftung sind beispielsweise die Einführung bezahlten Parkens, die Markierung von Bewohnerparkbereichen und ggf. die Reduzierung des Parkangebots.

Durch Parkraumbewirtschaftung können – bei regelmäßiger Überwachung – sicherheitsrelevante Sichtachsen ermöglicht, Flächen für Freiräume und Grün gesichert und die Aufenthalts- und Gestaltungsqualität des öffentlichen Raumes verbessert werden. Parkraummanagement ist kein Katalog von Negativmaßnahmen, sondern wichtiger Baustein eines integrierten Mobilitätskonzepts.



baukulturell

Der Bericht 2018/19 legt den Fokus auf den Bestand und das historische Erbe | Kommunalumfrage

baukulturell



www.difu.de/11370



Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de



Foto: Wolf-Christian Straus

Die Bundesstiftung Baukultur hat das Difu mit der Erstellung des Entwurfs für den Baukulturbericht 2018/19 beauftragt. Nachdem die Vorgängerberichte den Fokus auf (Groß-)Städte sowie die ländlichen Räume richteten, wird es im Baukulturbericht 2018/19 um den Siedlungsbestand, das historische Erbe und die Zukunftsfähigkeit unserer heutigen Siedlungsstrukturen gehen. Potenziale, die durch das schützenswerte baukulturelle Erbe vor Ort entstehen, kommen dabei ebenso zur Sprache wie die notwendige Qualifizierung, Nachverdichtung und Anpassung vorhandener Strukturen. Damit fließen unweigerlich auch Themen wie die unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken von Städten und Gemeinden im Bundesgebiet sowie der Klimaschutz, die Klimaanpassung oder das Flächen- und Baustoffrecycling mit in die Betrachtung ein.

Wesentliche Erkenntnisse zum aktuellen Umgang der Kommunen mit ihren Gebäudebeständen, zur Bestandsmobilisierung und zu praxistauglichen Instrumenten und Verfahren werden durch eine Umfrage gewonnen, welche das Difu ebenfalls im Auftrag der Stiftung durchführt. Befragt werden alle Kommunen ab einer Einwohnergröße von 20.000, von den Städten und Gemeinden zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern wird ein Viertel befragt.

Adressaten des Berichts sind erneut die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag und die interessierte Fachöffentlichkeit. Handlungsempfehlungen, die der Baukulturbericht beinhalten wird, richten sich daher an die Politik, Institutionen und zahlreiche weitere Akteure. Die Veröffentlichung ist für November 2018 geplant.

nachhaltig

„Monitor Nachhaltige Kommune“ unterstützt Kommunen bei ihrem Nachhaltigkeitsmanagement



Bei der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung spielen Kommunen eine wichtige Rolle: Spätestens seit der Verabschiedung der Agenda 21 auf der Rio-Konferenz 1992 haben viele von ihnen Nachhaltigkeitsstrategien erarbeitet und Entwicklungskonzepte umgesetzt. In der 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030, zu der sich die Bundesregierung bekennt, wird den Kommunen bei der Umsetzung der neuen globalen Ziele (17 Sustainable Development Goals, SDGs) eine entscheidende Rolle zugeordnet. Der „Monitor Nachhaltige Kommune“ zielt darauf ab, Kommunen beim wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagement vor Ort zu unterstützen. In einem Pilotprojekt hatte das Difu im Auftrag und gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und begleitenden Gremien einen Indikatorenkatalog entwickelt, um Kommunen geeignete Kennzahlen zur Messung ihrer nachhaltigen Entwicklung bereitzustellen. Parallel wurden Stadtspitzen befragt und durch gute Praxisbeispiele Einblicke in die Prozesse des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements ermöglicht. Die Zusammenarbeit wird nun fortgeführt: Ein Ziel des Folgeprojekts ist es, die Projektbausteine auszubauen und um weitere Perspektiven zu ergänzen. So wird das Difu auch die Akteure der Kommunalpolitik befragen. Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung des Indikatorenkatalogs sind die 17 SDGs. Gemeinsam mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) werden Difu und Bertelsmann Stiftung Indikatoren für ein Monitoring der Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene entwickeln und den Kommunen Kennzahlen dazu bereitstellen.

nachhaltig



www.difu.de/11371



Dr. Jasmin Honold
+49 30 39001-198
honold@difu.de

Dr. Dirk Assmann
+49 30 39001-200
assmann@difu.de

Dr. Busso Grabow
+49 30 39001-248
grabow@difu.de

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume
Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.), Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €, ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €, ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J. Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €, ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €, ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte
Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

Difu-Arbeitshilfen

Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

4., völlig neu bearbeitete Auflage
von Martin Zilkens, 2014, 208 S., inklusive Checklisten und Muster, 30 €, ISBN 978-3-88118-536-3

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage unter Berücksichtigung des Innenentwicklungsgesetzes 2013
A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €, ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4, **eBOOK** 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €, ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement

Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement, April 2015, Hannover
Cornelia Rösler (Hrsg.), Bd. 3/2016, 186 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-570-7, **eBOOK** 16,99 €

Wege zu nachhaltiger Mobilität

Ergebnisse aus transnationaler Forschung unter der „Era-net Transport“-Initiative „Stepping Stones“
Jürgen Gies und Uta Bauer (Hrsg.), Bd. 2/2016, 200 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-569-1

Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz
Nadine Appelhans, Jürgen Gies, Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.), Bd. 1/2016, 138 S., 18 €, ISBN 978-3-88118-544-8, **eBOOK** 14,99 €

Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer und was bringt's wirklich?

Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil“
Wulf-Holger Arndt (Hrsg.), Bd. 6/2015, 160 S., 20 €, ISBN 978-3-88118-548-6, **eBOOK** 16,99 €

Nutzung von oberflächennaher Geothermie im urbanen Raum

Maic Verbücheln (Hrsg.), Bd. 5/2015, 98 S., 15 €, ISBN 978-3-88118-547-9

Funktion und Gestaltung von Haupt(verkehrs)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt

Von Wulf-Holger Arndt, Bd. 3/2015, 98 S., 15 €, ISBN 978-3-88118-546-2, **eBOOK** 12,99 €

★ Difu-Papers

Kommunale Standortfaktoren – aktuelle Trends und Herausforderungen **NEU**

Ergebnisse auf Grundlage der Daten des Difu-Projekts „Koordinierte Unternehmensbefragung“
Von Detlef Landua, Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf, 2017, ca. 36 S., 5 Euro, in Vorbereitung

Klein- und Mittelstädte – Handlungsmöglichkeiten bei Schrumpfung und Peripherisierung **NEU**

Von Elke Bojarra-Becker u.a., 2017, 32 S., 5 €, in Vorbereitung

Wärmewende im Quartier

Hemmnisse bei der Umsetzung am Beispiel energetischer Quartierskonzepte
Von Robert Riechel, Jens Libbe u.a. 2016, 28 S., 5 €
➔ www.difu.de/10875

Kommunale Unternehmen in Deutschland als Erfahrungsträger und Kooperationspartner für Kommunen in Schwellen- und Entwicklungsländern – eine Bestandsaufnahme

von Stefanie Hanke, 2016, 28 S., 5 €
➔ www.difu.de/10801

Stadt der Zukunft – Tendenzen, Potenziale und Visionen

Von Marco Peters, Jan Walter und Lara Falkenberg, 2016, 28 S., kostenlos
➔ www.difu.de/10631 (nur als PDF verfügbar)

Integration von Stadtplanung und ÖPNV für lebenswerte Städte

Von Jürgen Gies u.a., 2016, 28 S., 5 €
➔ www.difu.de/10645

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

Nach Chronologie: www.difu.de/publikationen

Nach Reihen: www.difu.de/6194

Nach Thema: www.difu.de/publikationen/suche

eBooks: www.difu.ciando-shop.com – Info für Zuwender: www.difu.de/10829

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 3900-1275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 3/2017

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

In allen Größen! **NEU**

Stärkung von Pflegekindern und ihren Familien
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, 192 S., nur online
➔ www.difu.de/11290

Neu Maß nehmen!

Zukunftsperspektiven der Vormundschaft
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 107, 122 S.,
19 Euro, ISBN 978-3-8811-8-563-9

Was wir alleine nicht schaffen ...

Prävention und Gesundheitsförderung im
kooperativen Miteinander von Kinder- und
Jugendhilfe und Gesundheitswesen
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 106, 248 S.,
19 Euro, ISBN 978-3-8811-8-562-2

Praxistest erfolgreich bestanden?

Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2016, Bd. 105, 126 S.,
19 €, ISBN 978-3-8811-8-561-5

Flüchtlingsfamilien im Schatten der Hilfe?

Geflüchtete minderjährige Kinder und Jugend-
liche und ihre Familien in Deutschland
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2016, Bd. 104, 232 S.,
19 €, ISBN 978-3-8811-8-560-8

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

Akteure im kommunalen Klimaschutz erfolgreich beteiligen **NEU**

Von den Masterplan-Kommunen lernen
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler
Klimaschutz (SK:KK) (Hrsg.)
2017, 40 S., kostenlose Printfassung
➔ www.difu.de/11312

Beteiligungsverfahren bei umwelt- relevanten Vorhaben **NEU**

Von Stephanie Bock u.a.
2017, 195 S., UBA-Texte 37/2017, nur online
➔ www.difu.de/11295

Ausgezeichnete Praxisbeispiele **NEU**

Klimaaktive Kommune 2016. Ein Wettbewerb
des Bundesumweltministeriums und des
Deutschen Instituts für Urbanistik
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2017, 75 S., nur online
➔ www.difu.de/11275

Europäische Modelllösungen nutzen! **NEU**

Ansätze für die Kapitalisierung der Ergebnisse
transnationaler Interreg-Projekte in Kommunen
und Regionen
Von Beate Hollbach-Grömig u.a., Hrsg. BMVI
2017, 28 S., kostenlose Printexemplare:
beatrix.thul@bbr.bund.de (Stichwort: Kapitali-
sierung)
➔ www.difu.de/11257

Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren **NEU**

Von Martin zur Nedden u.a., Hrsg. BBSR
2017, 132 S., BBSR-Online-Publikation
08/2017
➔ www.difu.de/11255

Wasserinfrastrukturen für die zukunfts- fähige Stadt

Jens Libbe u.a. (Hrsg.), 2017, 326 S., nur online
➔ www.difu.de/11310

Kommunales Transformationsmanage- ment für die lokale Wärmewende

Leitfaden
Von Robert Riechel u.a.
2017, 98 S., vierfarbig, kostenlos,
Printversion erscheint Ende Juni
➔ www.difu.de/11268

KfW-Kommunalpanel 2017

Bearb. Henrik Scheller u.a., KfW Bankengruppe
(Hrsg.), 2017, 50 Seiten, nur online
➔ www.difu.de/11243

Klimaschutz & erneuerbare Wärme

Beispiele, Aktivitäten und Potenziale für die
kommunale Wärmewende
Difu (Hrsg.), Bearb. Jan Walter
2017, 88 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11215

Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen

Mehr Sicherheit und Wohnqualität bei Neubau
und Sanierung
Von Luise Willen u.a.
2017, 55 S., nur online
➔ www.difu.de/11177

Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle 2016/2017

Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der
Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und
zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in
der Stadt
Von Arno Bunzel u.a., i.A. des BBSR
2017, 117 S., nur online
➔ www.difu.de/11084

Push & Pull

Parking management and incentives as
successful strategies for energy-efficient
urban transport
Von Martina Hertel, Push & Pull Consortium
(Hrsg.)
2017, 36 S., englisch, nur online
➔ www.difu.de/11106

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mit- telstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Dokumentation des 2. Netzwerktreffens am
1./2. Dezember 2016 von Bettina Reimann u.a.,
2017, 27 S., nur online
➔ www.difu.de/11078

Pendeln mit Rückenwind

Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kom-
munen, Unternehmen und private Haushalte
Von Martina Hertel u.a., Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (Hrsg.),
2016, 40 S., kostenlose Printfassung
➔ www.difu.de/11059

Commercial Transport in Urban Areas

Wulf-Holger Arndt (Hrsg.), 2016, 29 S., englisch,
nur online
➔ www.difu.de/11020

Baukulturbericht 2016/2017

Stadt und Land
Von Daniela Michalski u.a., Bundesstiftung
Baukultur (Hrsg.), 2016, 168 S., vierfarbig,
kostenloses Printexemplar:
mail@bundesstiftung-baukultur.de
➔ www.difu.de/10968

Zeitschrift

Sounds of the Towns **NEU**

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahreszeitschrift, Heft 1/2017, 192 S.,
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

Stadt und Romantik

Informationen zur modernen Stadtgeschichte
IMS, Halbjahresschrift, Heft 2/2016, 176 S.,
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

★ Dokumentationen

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Christina Kratz (Bearb.),
2/2016, 158 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo (zwei Bände) 40 €
➔ www.difu.de/11005

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2016, 166 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/10985



Foto: Doris Reichel

Ein Difu-Beitritt bietet Städten, Verbänden und Planungsgemeinschaften besondere Vorteile

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Zuwander sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit den Städten sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert.

Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch durch umfangreiche Serviceleistungen:

Persönliche Beratung

Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder aus Zuwanderstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Experten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6258

Fortbildung

Ob vor Ort oder im Institut in Berlin sind die praxisorientierten Difu-Seminare meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwanderstädte werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungsansätze vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Regelmäßige Treffen werden vom Difu – teilweise exklusiv für Zuwander – angeboten.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis zu Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in den Difu-Datenbanken kommDEMOS und ORLIS sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen, Videos sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen.

➔ www.difu.de/43

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander viele Publikationen auch als PDF oder eBook an, teilweise exklusiv und kostenfrei für Zuwander. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/10829

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu:

➔ www.difu.de/6750



Sybille Wenke-Thiem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 390012-208/209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol. Patrick Diekmann
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekmann@difu.de

Susanne Plagemann, M.A.
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Fortbildung
+49 30 390012-149
adrian@difu.de

Impressum

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
unter Mitarbeit von Lu Antonia Bose,
Marisol Caamano und Luisa Sophie Müller

Gestaltung/CD

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout/Satz

Elke Postler

Fotos

S.17: Martina Hertel
S.24: Busso Grabow
S.37: Büro agl | Hartz • Saad • Wendl, Saar-
brücken; Josefine Pichl; Sybille Wenke-Thiem
Fotos ohne Autorengabe: www.pixabay.com
– herzlichen Dank dafür!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 42/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 12. Juli 2017

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund
des geringen Platzes verzichten wir darauf,
männliche *und* weibliche Schreibformen zu
verwenden.

Druck

H. HEENEMANN GmbH & Co. KG, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier
ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte
an die Difu-Pressestelle.

Allgemeine Info-Angebote im Difu

Presseverteiler

Die Medieninfos informieren über medienrelevante
Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/6674

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Down-
load auf der Difu-Homepage zur Verfügung.
Andere können als Printexemplare oder eBooks
käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungen

Im Wintersemester findet monatlich die gebühren-
freie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft
der Städte“ statt, die sich zu jedem Termin mit
einem anderen aktuellen Thema des Komplexes
„Zukunft der Städte“ befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Newsletter

Monatlich informiert der kostenfreie E-Mail-Dienst
„Difu-News“ über interessante neue Angebote auf
der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Facebook

Über Facebook postet das Difu nahezu täglich
„teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut –
please follow us!

➔ www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-
Zuwenderschaft für Städte und Verbände.
Bitte schicken Sie mir nähere Infos zu.

Name

Stadt/Verband

Straße

Land, PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

klimafreundlich mobil

Difu untersucht, wie die klimafreundliche Mobilität in Bundesverwaltungen gefördert werden kann.

Civitas Prosperity: Hilfe bei der Erstellung von Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsplänen.

klimafreundlich



www.difu.de/11196



Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de



Foto: Michael Böлке

Um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, ist der Verkehrsbereich gefordert, grundsätzlich umzusteuern. Die Bundesverwaltungen haben hier eine große Vorbildfunktion.

Mit dem Projekt „Klimafreundliche Mobilität in der Bundesverwaltung“, welches das Umweltbundesamt beauftragt hat, sollen diese unterstützt und motiviert werden, ihre Mobilität nachhaltig zu organisieren und ihrer Vorbildrolle gerecht zu werden. Ein praxisorientierter Handlungsleitfaden soll dabei helfen. Da an jedem Verwaltungsstandort unterschiedliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Mobilität vorliegen, wird ein modulares Vorgehen angestrebt. Im Fokus stehen folgende Handlungsfelder: Dienstreisen, Fuhrparkmanagement, Mobilität von Beschäftigten, Mobilität von Besuchern und Kunden sowie Planung und Durchführung von Veranstaltungen. In Experteninterviews und einer Online-Befragung wird analysiert, welche Maßnahmen in den Bundesverwaltungen bereits umgesetzt werden. Ergänzend sollen rechtliche und organisatorische Hemmnisse bei der Umsetzung von Maßnahmen in den Handlungsfeldern mit ausgewählten Pilotverwaltungen diskutiert und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Das Themenfeld „Kraftstoffsparende Fahrweise“ wird im Rahmen des Projekts vom Kooperationspartner Rupprecht Consult bearbeitet. Hierzu findet im Juli ein interdisziplinäres Fachgespräch statt, dessen Ergebnisse in das Projekt einfließen.

mobil



www.difu.de/10772



www.sump-network.eu



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de



THE CIVITAS INITIATIVE
IS CO-FINANCED BY THE
EUROPEAN UNION

Im bis zu Jahr 2019 laufenden Projekt CIVITAS PROSPERITY, gefördert aus dem Programm „Horizon 2020“, sind neben dem Difu mehr als 27 Partner aus 16 EU-Staaten beteiligt. Ziel ist die Förderung des Wissensaustausches zwischen Kommunen, Behörden des jeweiligen Landes und anderen Akteuren, um das Konzept nachhaltiger Stadtmobilitätspläne (SUMP) bekannter zu machen und deren Erstellung und Umsetzung durch nationale Programme zu unterstützen. Das PROSPERITY-Projekt soll sicherstellen, dass mehr Städte und Gemeinden SUMP nach den EU-SUMP-Empfehlungen erstellen und diese im Rahmen vieler innovativer Maßnahmen umsetzen. Die CIVITAS PROSPERITY-Idee der Einbindung und Aktivierung geschieht auf zwei Wegen: Als regelmäßiger Peer-to-Peer-Austausch zwischen den nationalen Behörden verschiedener Länder und als kontinuierlicher nationaler Entwicklungsprozess in jedem Land, in dem die nationale Ebene mit den Städten des Landes zusammenarbeitet. Für die Kommunen werden Schulung und Austausch in Erfahrungsworkshops durchgeführt, Leitfäden zur Entscheidungsfindung erstellt und nationale Programme zur Unterstützung nachhaltiger städtischer Mobilitätspläne erarbeitet. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei Regionen und Städten, in denen dieses Modell noch wenig verbreitet ist, die aber unter vielen negativen Verkehrsfolgen leiden. Daher finden die meisten Aktivitäten in PROSPERITY in solchen Regionen und Städten im südlichen sowie in Mittelost- und Osteuropa statt. Das Difu ist der Netzknoten für Deutschland und wird die Stadt Kassel bei der Umsetzung eines SUMP begleiten. Daneben wird das Difu in Kooperation mit dem BUMB und anderen nationalen Organisationen der Partnerländer Empfehlungen für nationale Unterstützung von SUMP erarbeiten.

Policies integriert partizipativ

Schnittstellen, Synergien und Zielkonflikte zwischen Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik

Mehr als Wohnungsbau: Neue Stadtquartiere partizipativ und nachhaltig gestalten.

Policies integriert



www.difu.de/11343



Prof.
Martin zur Nedden
+49 30 39001-214
zurnedden@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



Zum 1. April 2017 hat das Umweltbundesamt (UBA) das Difu mit der Durchführung des auf 25 Monate angelegten Forschungsvorhabens „Schnittstellen, Synergien und Zielkonflikte zwischen Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik auf Bundesebene“ beauftragt.

Den Anlass für dieses Projekt gibt die Überlegung, dass jede zukunftsgerichtete Politikstrategie, die dem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtet ist, im Kern Umweltpolitik und Stadtentwicklungspolitik ist. Denn beide Politiken leisten wichtige Beiträge zur notwendigen Transformation von Regionen und Städten. Eine effektive Integration von Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik ist daher ein zentraler Hebel für die Steigerung der Wirksamkeit von Handlungsprogrammen in beiden Bereichen. Mit Blick auf die administrative Verankerung auf den verschiedenen Ebenen des bundesdeutschen Mehrebenensystems entsteht – trotz aller Einsicht zu vernetztem Denken und Handeln – immer wieder der Eindruck, dass unterschiedliche „Verwaltungskulturen“ in beiden Politikfeldern ein gemeinsames Agieren erschweren oder gar verhindern. Das Forschungsvorhaben ist deshalb als Organisations-, Programm- und Prozessberatung vor allem für die Bundesebene konzipiert: Inwieweit erfordern die inhaltlichen Verflechtungen zwischen Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik einschließlich der jeweiligen Governance-Instrumente auch in institutioneller und prozessualer Hinsicht eine stärkere Verzahnung? Die methodische Umsetzung erfolgt in Form von Interviews mit Vertretern aus dem Bundesumweltministerium (BMUB) sowie aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Außerdem sind Workshops und eine Konferenz vorgesehen.



Foto: Ricarda Pätzold

Wie können sich Städte nachhaltig entwickeln, Verkehr begrenzen, Schadstoffe vermindern und städtische Flächen attraktiv nutzen – kurz lebenswert sein für ihre Bewohner? Wie können sie den Bedürfnissen der älter werdenden Bevölkerung und dem Zuzug von Jüngeren gerecht werden? Wie schaffen sie bezahlbaren attraktiven Wohnraum für alle? Welche Rolle spielen mögliche Konflikte zwischen Ökologie – mehr Wald – und Ökonomie – mehr Wohnraum – und wie löst man sie? Diesen und weiteren Fragen widmet sich das Projekt „Transformative Strategien einer integrierten Quartiersentwicklung: Handlungskonzepte und Bewertungsoptionen für Schwarmstädte“ (TRASIQ), das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung von 2017-2019 gefördert wird. Projektpartner sind das Öko-Institut, das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, das Difu sowie die Stadt Darmstadt. Im Gesamtvorhaben sollen Lösungsvorschläge zum Umgang mit sozialen, demografischen und ökologischen Zielkonflikten entwickelt werden. Das Difu wird sich mit der „kommunalen Realität“ hinsichtlich des Umgangs mit den verschiedenen Ansprüchen an das Wohnen (CO₂-armes, ressourcen- und flächensparendes, gesundes, bezahlbares Wohnen) auseinandersetzen. Es gilt abzuschätzen, wie Kommunen Einfluss auf die Wohnungsmarktentwicklung nehmen (können), welche Instrumente ihnen zur Verfügung stehen und wie sich die Umsetzung der Vielfalt von Ansprüchen an das Wohnen ressortübergreifend gestalten lässt. Dazu werden wohnungspolitische Erfahrungen von Kommunen – die für innovative wohnungspolitische Ansätze und Instrumente stehen – untersucht. Die Ergebnisse fließen in die Planungen der Stadt Darmstadt ein, die neue Quartierskonzepte in Pilotprojekten erproben will.

partizipativ



www.trasiq.de



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de



Veranstaltungen

Berichte 3/2017

Das Difu wird künftig noch flexibler auf aktuelle Themen und Herausforderungen reagieren. Daher werden die Seminarprogramme ab 2018 zweimal jährlich erscheinen. So kann in der Themenwahl flexibler auf aktuelle Entwicklungen eingegangen werden. Auch der Prozess der Themenentwicklung wird noch intensiver in Kooperation mit der Praxis und Difu-Gremien umgesetzt: Frühzeitig tauscht sich das Institut mit Zuwanderstädten und seinem wissenschaftlichem Beirat darüber aus, welche Themen und Fragestellungen besonders drängend sind. Diese Vorschläge werden durch weitere aus dem Institut ergänzt. Schließlich entwickelt ein seit Mai im Difu arbeitendes interdisziplinäres Kompetenzteam auf dieser Grundlage halbjährig die neuen Angebote.

Auch die Gestaltung der Seminarflyer und des Seminarprogramms verändert sich. Wie das Magazin Berichte erscheinen auch die Fortbildungsprodukte des Difu in einem neuen, klaren Gewand.

Inhaltlich setzt das Difu auf Kontinuität und bietet wie gewohnt ein breites Themenspektrum an praxisorientierten Fortbildungsangeboten – in Berlin und anderen Städten. Neben dem Wissenstransfer ist der Erfahrungsaustausch eine wichtige Komponente des Fortbildungskonzepts.

Veranstaltungsvorschau

6. September 2017 in Hamburg

Mobilität beginnt zu Fuß – Sichere Straßen für den Fußverkehr
Seminarreihe in Kooperation mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. (DVR)
➔ www.difu.de/11225

7. September 2017 in Potsdam

Kommunale Energiewende – Widerstände durch Kooperation überwinden
➔ www.difu.de/11206

12. September 2017 in Dessau

Förderwissen für den Klimaschutz:
Informationsveranstaltung zur Nationalen Klimaschutzinitiative
➔ www.bit.ly/2pjDzLG

11.–12. September 2017 in Berlin

Wirtschaftsförderung 4.0 – Herausforderungen, Strategien, Trends
➔ www.difu.de/10899

12.–13. September 2017 in Bremen

SK:KK-Fachaustausch: Klimaschutz im Alltag – Lokale Initiativen als Partner im Klimaschutz vor Ort
➔ www.bit.ly/2pjDzLG

14. September 2017 in Augsburg

Mobilität beginnt zu Fuß – Sichere Straßen für den Fußverkehr
Seminarreihe in Kooperation mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat e. V. (DVR)
➔ www.difu.de/11227

14.–15. September 2017 in Berlin

Droht eine neue Wohnungsnot? Erfahrungen im Umgang mit dauerhaften Engpässen in der sozialen Wohnraumversorgung
➔ www.difu.de/10897

25.–26. September 2017 in Berlin

Dichte und Qualität – Nachverdichtung und ihre Grenzen in wachsenden Städten
➔ www.difu.de/10895

27. September 2017 in Frankfurt am Main

Erneuerbare Wärme – Kommunale Vorbilder zum Nachahmen
➔ www.difu.de/11076

27. September 2017 in Magdeburg

SK:KK-Fachaustausch: Gewusst wie – Klimaschutz im ländlichen Raum
➔ www.difu.de/11314

27.–28. September 2017 in Heidelberg

Erfahrungsaustausch Beteiligungskultur: Verbindliche Spielregeln für Bürgerbeteiligung – Konsequenzen für das Verwaltungshandeln
➔ www.difu.de/10901

28. September 2017 in Frankfurt am Main

Effiziente, erneuerbare und solare Wärmenetze – Eine schlüssige Lösung für die Wärmewende in Städten und Gemeinden
➔ www.difu.de/11218

28.–29. September 2017 in Berlin

Handlungsoptionen für den ÖPNV in Räumen schwacher Nachfrage
➔ www.difu.de/10903

9.–10. Oktober 2017 in Berlin

Schulentwicklung auf dem Prüfstand – Herausforderungen, Handlungsbedarfe und Gestaltungsempfehlungen
➔ www.difu.de/10915

16.–17. Oktober 2017 in Berlin

Datengrab oder strategisches Steuerungsinstrument?
Möglichkeiten und Grenzen von indikatoren-basiertem Sozialmonitoring
➔ www.difu.de/10917

19.–20. Oktober 2017 in Berlin

Hochschulen und „ihre“ Stadt: Mit- oder nebeneinander?
➔ www.difu.de/10921

13.–14. November 2017 in Berlin

Mittendrin und doch nicht dabei? Die soziale Dimension von Mobilität
➔ www.difu.de/10923

14. November 2017 in Mönchengladbach

Mobilität beginnt zu Fuß – Sichere Straßen für den Fußverkehr
➔ www.difu.de/11334

16.–17. November 2017 in Berlin

26. Forum deutscher Wirtschaftsförderer
➔ www.difu.de/10931

20.–21. November 2017 in Berlin

Erfolgsbedingungen und Voraussetzungen gelingender kultureller Integration
➔ www.difu.de/10925

23.–24. November 2017 in Köln

Erfahrungsaustausch Wohnungsmarktbeobachtung
➔ www.difu.de/11220

5. Dezember 2017 in Leipzig

Mobilität beginnt zu Fuß – Sichere Straßen für den Fußverkehr
➔ www.difu.de/11305

7.–8. Dezember 2017 in Berlin

Nachhaltige Stadtentwicklung – zwischen Bereicherung und Konfliktpotenzial
➔ www.difu.de/10927

22./23. Januar 2018 in Berlin

10. Kommunale Klimaschutzkonferenz
➔ www.difu.de/11233

5.–6. Februar 2018 in Berlin

Verkehrswende in Stadt und Umland – Erfolgreiche Praxisbeispiele machen Mut!
➔ www.difu.de/11252

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell im Difu-Internet:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Fortbildungssekretariat:

+49 30 39001-258/-259/-148
fortbildung@difu.de

Jahrestreffen 2017 der Difu-Zuwenderstädte und Verbände

Das Jahrestreffen der Difu-Zuwenderstädte und -verbände fand am 15. und 16. Mai in Berlin statt. Difu-Kontaktpartner aus dem gesamten Bundesgebiet folgten der Einladung zu der zweitägigen Fortbildungs- und Erfahrungsaustausch-Veranstaltung.

Das leitende Thema für den ersten Veranstaltungstag war in diesem Jahr „Stadtentwicklung und Digitalisierung“. Institutsleiter Prof. Martin zur Nedden informierte über generelle Entwicklungen und Neuigkeiten aus dem Institut und ging exemplarisch auf einige Schwerpunktthemen und Projekte ein. Das Thema Smart City wurde anschließend durch den Vortrag von Roman Soike mit dem Schwerpunkt „Beispiel Smart City-Konzepte in deutschen Städten“ mit anschließender Möglichkeit zum Austausch und zur Diskussion vertieft.



Diskussion und Erfahrungsaustausch beim Jahrestreffen der Difu-Zuwenderstädte und -verbände.



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Am Nachmittag des ersten Tages nutzten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich an moderierten Thementischen zu folgenden Schwerpunkten auszutauschen:

- Digitale Bürgerbeteiligung: Günstiger, flexibler, schneller – auch demokratisch und inklusiv?
- Mit automatischen Autos in die lebenswerte Stadt?!
- Industrie 4.0 & Stadtentwicklung
- Big Data, Crowd Data & Stadtentwicklung
- Online Handel & Stadtentwicklung

Der Abendempfang fand auch in diesem Jahr im Kaffeehaus des Museums für Kommunikation Berlin statt. Die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Karin Lompscher, ging dabei besonders auf des Thema bezahlbarer Wohnraum für Berlin ein. Der Input der Senatorin bot einen guten Einstieg für die Gespräche und den Erfahrungsaustausch zwischen den Ansprechpartnern, die auch beim anschließenden fakultativen „Lokaltermin“ im Ora, der Brasserie in der ehemaligen Oranien-Apotheke, angeregt fortgesetzt wurden.

Das Programm des zweiten Tages wurde durch einen Impulsvortrag von Prof. Dr. Arno Bunzel mit dem Titel „Plädoyer für eine aktive Bodenpolitik der Kommunen“ eingeleitet, wobei besonders auf Baulandmodelle, Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, Liegenschaftspolitik, Brachflächen und Bodenpreise eingegangen wurde. Die anschließend stattfindenden Workshops, die jeweils durch einen kurzen Input von Difu-Wissenschaftlern eingeleitet wurden, befassten sich in diesem Jahr mit folgenden Themen:

- Stellenwert der Agenda 2030 für die Stadtentwicklung
- Mobilität für neue Stadtquartiere.

Bevor die Teilnehmenden zur diesjährigen Exkursion aufbrachen, gab die Feedbackrunde ihnen noch die Möglichkeit, Wünsche sowohl zur Veranstaltung an sich aber auch zur Ausrichtung des Difu in Hinblick auf Forschung und Fortbildung zu äußern.

Ziel der diesjährigen Exkursion war die in diesem Jahr in Berlin stattfindende IGA. Den Einstieg in die Gartenausstellung bildete ein kurzer Input durch den Geschäftsführer der IGA Berlin 2017, Christoph Schmidt, der neben allgemeinen Informationen besonders auf die weiteren Nutzungsmöglichkeiten und somit auch den Mehrwert den das Gelände langfristig für Berlin bieten kann, eingegangen ist. Der anschließende Rundgang über das IGA-Gelände eignete sich hervorragend, das Gehörte an praktischen Beispielen zu erleben – und um das Jahrestreffen 2017 ausklingen zu lassen.

Die Präsentationen, weiteres Informationsmaterial sowie Impressionen des Treffens stehen wie immer in der virtuellen Tagungsmappe im Difu-Extranet zur Verfügung. Diese ist exklusiv für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände zugänglich.



www.difu.de/11267



Sybille Wenke-Thiem
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Energieeffiziente kommunale Gebäude sind Vorbild

Wie viel Technik ein kommunales Gebäude eigentlich braucht, war das Schwerpunktthema beim diesjährigen Deutschen Fachkongress für kommunales Energiemanagement, den das Difu im Mai gemeinsam mit der Gastgeberstadt Aachen ausrichtete.

Konsens der rund 200 überwiegend kommunalen Experten für Energie- und Klimaschutzmanagement in Aachen war, dass Energieeffizienz in kommunalen Gebäuden entscheidend zum Klimaschutz sowie zur Energie- und Kostenersparnis beiträgt. Dr. Margrethe Schmeer, Bürgermeisterin der Stadt Aachen, unterstrich dies bei ihrer Begrüßung und verwies darauf, dass ein wirkungsvolles Energiemanagement das wichtigste Werkzeug bei der Bewirtschaftung der städtischen Gebäude und ein „strategischer Partner“ im Bemühen um sinnvolle Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sei – aus ökonomischen und ökologischen Gründen.

Dr. Achim Dahlen, Referatsleiter im Klimaschutzministerium Nordrhein-Westfalen, begrüßte die Teilnehmenden ebenfalls herzlich und hob die Bedeutung der Kommunen hervor, mit Energiemanagement aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Um hier zu unterstützen, halte sein Haus vielfältige Förderangebote für Kommunen bereit.



Foto: Stadt Aachen, Heike Lachmann



Cornelia Rösler im Gespräch mit Dr. Peter Asmuth, Dieter Ludwigs und Detlef Raphael (v.l.n.r.)



www.difu.de/11009



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Dipl.-Ing.
Cornelia Rösler
+49 221 340308-18
roesler@difu.de

In Fachvorträgen stellte Petra Alten vom Bundesumweltministerium „Wege zum Effizienzhaus“ vor und Andreas Nordhoff vom Institut für Bauen und Nachhaltigkeit plädierte dafür, „heute den Standard von übermorgen zu bauen, um morgen nicht ‚von gestern‘ zu sein“.

Klaus Schavan, Technischer Geschäftsführer des Gebäudemanagements der Stadt Aachen, präsentierte „Den öffentlichen Bauherrn in seiner Vorbildfunktion als Energiemanager“ und stellte die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von energieeffizienten Maßnahmen über den gesamten Lebenszyklus in den Fokus.

Anschließend wählten die Teilnehmenden zwischen 16 unterschiedlichen Workshops aus den Bereichen „Energie im Gebäudemanagement“, „Kommunikation – Motivation – Partizipation“, „Energieeffizienz“ und „Erneuerbare Energien“.

Cornelia Rösler, Leiterin des Bereichs Umwelt beim Difu, moderierte die Veranstaltung sowie das Podiumsgespräch zum Thema: „Wieviel Technik braucht ein Gebäude? Wann ist ein Gebäude intelligent?“ Da öffentliche Bauherren beim Thema Energiemanagement eine Vorbildfunktion haben, muss bei der Vielfalt der auf dem Markt befindlichen technischen Steuerungswerkzeuge immer auch die Frage gestellt werden, was davon für kommunale Gebäude sinnvoll ist und welcher Nutzen der Investition gegenübersteht.

Detlef Raphael, Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft des Deutschen Städtetages, rief dazu auf, sich klar zu machen, dass nicht die Gebäude „intelligent“ sind, sondern die Menschen dahinter. Problematisch sei, dass meist die Technik im Mittelpunkt des Interesses stehe und nicht die Bedürfnisstruktur derer, denen sie eigentlich dienen solle. Hier forderte er ein Umdenken.

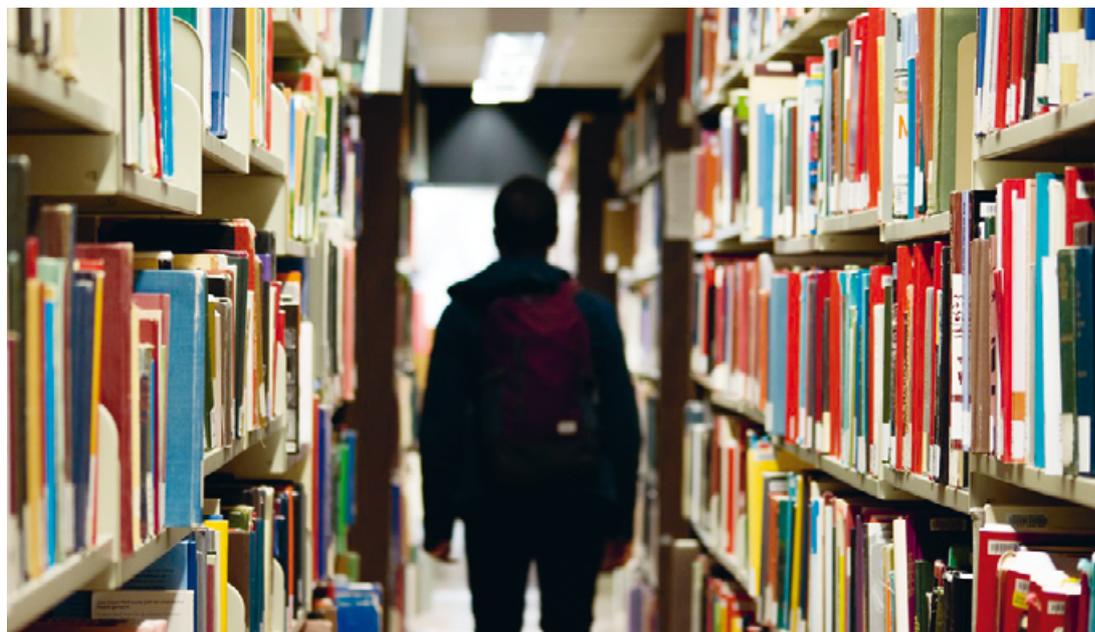
Dr. Peter Asmuth, Vorstandsmitglied der Stadtwerke Aachen AG, sprach sich für eine kooperative Koordination von smarten Netzen, smarter Mobilität und smarter Energieerzeugung aus, wobei die Stadtwerke zunehmend eine Rolle als Vermittler einnehmen müssten.

Auf die Bedeutung einer intelligenten und damit nutzerfreundlichen Visualisierung der durch die Digitalisierung hervorgerufenen Datenflut verwies Dieter Ludwigs, Geschäftsführer der „regio iT“ aus Aachen. Der IT-Dienstleister für Kommunen, Schulen, Energiever- und -entsorger unterstrich außerdem die zunehmende Bedeutung von Datensicherheit.

Kooperationspartner des Kongresses sind der Arbeitskreis „Energiemanagement“ des Deutschen Städtetages, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag. Der 23. Deutsche Fachkongress für kommunales Energiemanagement findet am 9. und 10. April 2018 in Stuttgart statt.

Handlungsoptionen zur Verbesserung der Bildungschancen für Geflüchtete

Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Doch Integration durch Bildung beginnt nicht erst in der Schule – und sie hört auch nicht dort auf.



Im Rahmen zweier Difu-Seminare im März und Mai dieses Jahres gingen Experten aus Verwaltungen deutscher Kommunen der Frage nach, wie kommunale Akteure die Bildungschancen von Geflüchteten verbessern können. Unter den Teilnehmenden bestand Einvernehmen darüber, dass für Bildungsteilhabe und gelingende Integration der frühzeitige Erwerb von Sprachkompetenz unabdingbar ist. Hier haben sich in vielen Kommunen frühpädagogische Angebote und bedarfsgerechte Sprachkurse als hilfreich erwiesen, um bereits den Zeitraum vor dem Besuch einer Kita oder vor der Einschulung zum Spracherwerb zu nutzen.

Bewährt haben sich u.a. auch Kinderspielangebote, Müttercafés, Patenschaften und wohnortnahe Angebote der Eltern- und Familienbildung sowie die Schaffung von Begegnungsstätten, in denen die erworbenen Sprachkenntnisse angewendet werden können. Im Bereich der schulischen Bildung übernehmen die kommunalen Schulträger die Koordination der örtlichen Bildungsangebote, doch bedarf es auch der Unterstützung durch die Länder, um den Erfolg der kommunalen Initiativen zu gewährleisten. Notwendig sind vor allem schlüssige Gesamtkonzepte für die schulische Integration von Geflüchteten. So droht etwa der Erfolg durch eine schnelle Aufnahme von Geflüchteten in

Regelklassen zu verpuffen, wenn die Länder nicht sicherstellen, dass die Klassenstärke deutlich reduziert wird, um eine intensive Sprachförderung geflüchteter Kinder und Jugendlicher parallel zum Regelunterricht leisten zu können.

Auf der nächsten Stufe der Bildungskette haben die berufsbildenden Schulen aufgrund ihrer jahrzehntelangen Integration von Migranten wertvolle Erfahrungen gesammelt, die auch für die Integration von Geflüchteten genutzt werden können. Während beim nachholenden Erwerb von Schulabschlüssen die Volkshochschulen eine wichtige Rolle spielen, sind die Länder gefordert, jungen Geflüchteten unabhängig von Altersgrenzen den Erwerb berufsqualifizierender Abschlüsse zu ermöglichen. Alle Maßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, den Zugang zu Studium und Berufsausbildung sowie den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu verbessern.

Im Seminar wurden an Beispielen aus den Städten Essen, Lünen und Bocholt sowie ergänzenden Erfahrungen aus den Kommunen der Teilnehmenden eindrucksvoll gezeigt, wie die Integration von Geflüchteten gelingen kann. Ergänzt wurden die Ausführungen von einem Beitrag aus Schweden zur dortigen schulischen Ausbildung von Asylsuchenden und Neuankömmlingen.



www.difu.de/11168



Dipl.-Volkswirt
Rüdiger Knipp
+49 30 39001-242
knipp@difu.de

Neupositionierung innerstädtischen Wohnens: Chancen durch Vielfalt

Am 7. und 8. Juni 2017 lud das Difu gemeinsam mit der Schader-Stiftung zur Fachveranstaltung „Wohnquartier Innenstadt – Integrationspotenziale der Zentren von Klein- und Mittelstädten“ ins Schader-Forum nach Darmstadt ein.



Foto: Christoph Rau

Wie beeinflusst eine zunehmende Diversität die (inner-)städtische Entwicklung? Welche Chancen und Konflikte birgt das Zusammenleben und Aufeinandertreffen einer vielfältigen Stadtgesellschaft? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt der Beiträge und Diskussionen, an denen neben rund 100 Teilnehmenden unter anderem Prof. Dr. Walter Siebel von der Universität Oldenburg, der Publizist Dr. Mark Terkessidis, Staatssekretär Jo Dreiseitel, Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und Stephan Kelbert, Bürgermeister der Stadt Michelstadt im Odenwald, mitwirkten.

Vor dem Hintergrund des Plädoyers von Mark Terkessidis, anstelle des Migrationshintergrunds der Menschen die Vielschichtigkeit der Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen und deren Potenziale zu erschließen, wurden Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten zum innerstädtischen Wohnen, der Zusammenarbeit mit privaten Wohneigentümern, der Gewerbeentwicklung und der Gestaltung des öffentlichen Raums erörtert. Einig waren sich kommunale Praxis, Politik und Wissenschaft darin, dass Stadtentwicklung kooperativ und unter Beteiligung der Stadtbevölkerung zu gestalten ist. Die Innenstadt könne hierfür eine identitätsstiftende Rolle übernehmen,

denn gefordert seien lokalspezifische Lösungen. Potenziale seien dann am besten zu erschließen, wenn Stadtplanung und Verwaltungsspitze keine fertigen Lösungen und Konzepte präsentierten, sondern Ziele und Maßnahmen im Zuge einer beteiligungsorientierten Stadtentwicklung wachsen könnten.

Um der Gestaltung einer vielfältigen Stadtgesellschaft und der Umsetzung einer integrierten Stadtentwicklung gerecht werden zu können, wurde dafür plädiert, den Begriff „Leben in der Stadt“ zu verwenden. Damit sei das Handlungsfeld „Wohnen“ in einen größeren Zusammenhang gestellt. Die Fachveranstaltung fand im Rahmen des Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten. Sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ statt.

Das Projekt wird finanziell unterstützt vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration.



www.vielfalt-in-stadt-und-land.de



Dr. rer. soc.
Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Dipl.-Soz.
Gudrun Kirchhoff
kirchhoff@difu.de
+49 30 39001-192

Umgestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen

Die große Nutzungsvielfalt innerörtlicher Hauptverkehrsstraßen birgt zahlreiche Potenziale aber auch Probleme. Das Difu-Seminar „Umgestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen“ beschäftigte sich mit Konzepten zur erfolgreicherer Nutzung.

Innerörtliche Hauptverkehrsstraßen haben nicht nur eine große Bedeutung für die Innenstädte, sondern werden von verschiedenen Akteuren beansprucht. Die starke Nutzungsvielfalt bei überschneidenden Nutzungsansprüchen auf engem Raum schafft ein hohes Konfliktpotenzial. Hohe Bebauungs- und Nutzungsdichten können auch ökologische Probleme verschärfen. So konzentrieren sich hier Umweltfolgen des Verkehrs durch hohe Schadstoff- und Lärmbelastung in enger Bebauung. Innerstädtische Hauptverkehrsstraßen sind meist auch Unfallschwerpunkte insbesondere bei schweren Unfällen.



Foto: Fürthner/Stadt Wien



Mariahilfer Straße in Wien

Im Difu-Seminar „Umgestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen“ wurden Konzepte zur integrierten Flächennutzung, zur Förderung des Umweltverbundes, zur stadtverträglichen Gestaltung des Lieferverkehrs und zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs betrachtet und Hinweise zu Beteiligungs- und Planungsmethoden und zur Finanzierung von Umbaumaßnahmen für Hauptverkehrsstraßen gegeben.

Außerdem wurden im Seminar gelungene Praxisprojekte vorgestellt und deren Übertragbarkeit anhand unterschiedlicher Bewertungskriterien diskutiert. Von der verkehrsberuhigenden Umgestaltung – z.B. mit Tempo 30-Ausweisung – über den Straßenumbau, die Gestaltung von Verkehrsanlagen für Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und Wirtschaftsverkehr bis hin zum Management und zur Bewirtschaftung des Parkens oder der Verbesserung der Aufenthaltsqualität gibt es zahlreiche Möglichkeiten, um neuralgische Punkte an Hauptverkehrsstraßen zu entschärfen, Emissionen zu mindern, die städtebauliche Qualität

zu verbessern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Die Hauptverkehrsstraßen stehen im besonderen Fokus der aktuellen Neudefinition von Stadtstraßen und deren Nutzungsmöglichkeiten. Beispielsweise hat in einigen Berliner Straßen das Fahrradfahren mit bis zu 15.000 Rädern am Tag schon einen dominanten Charakter. Auch Fußwege gehören mit oft 30 Prozent Anteil zu den Hauptnutzungen von Hauptverkehrsstraßen. Dieser Bedeutungswandel oder manchmal auch „nur“ Bewusstseinswandel fördert die Diskussion um die moderne Gestaltung dieser wichtigen öffentlichen Räume. Daher sollte dieser Wandel im Mobilitätsverhalten im öffentlichen Raum auch bei der Straßenraumgestaltung sichtbar werden.

Ein sehr gelungenes Beispiel stellt der Umbau der Mariahilfer Straße in Wien dar. Dort wurden Teile zu einer Begegnungszone umgestaltet und im zentralen Abschnitt eine Fußgängerzone eingerichtet. Die vormalige Skepsis ist großer Popularität gewichen, so dass die Anwohner und Gewerbetreibenden einer anderen Wiener Straße (Herrengasse) einen Umbau zur Begegnungszone selbst finanziert haben.

Eine Lehre aus diesen und anderen Beispielen: Neue Wege der Gestaltung sollten durchaus auch ausprobiert werden, d.h. Umgestaltungen können auch temporär erprobt werden, um deren Wirkungen und Nutzbarkeit zu testen. Solche testweisen Umbauten können auch zur besseren Akzeptanz der unterschiedlichen Nutzergruppen von Hauptverkehrsstraßen mit oft divergierenden Interessen beitragen.



www.difu.de/10713



www.difu.de/10230



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de

Lösungsvorschläge für den städtischen Wirtschaftsverkehr

Der Güterverkehr muss zum verkehrsspezifischen CO₂-Minderungsziel der Bundesregierung beitragen. Lkw-Fahrten sind für 40 Prozent des Energieverbrauchs und 50 Prozent der lokalen Emissionen verantwortlich, machen aber nur zehn Prozent des Gesamtstadtverkehrs aus.

Der Wirtschaftsverkehr (Güterverkehr, Dienstleistungs- und Geschäftsfahrten) umfasst ca. ein Drittel des städtischen Verkehrs. Dabei führt insbesondere die Zunahme von Lkw-Fahrten zu ökologischen Problemen im städtischen Raum. Trotz ihres geringen Anteils von ca. zehn Prozent am städtischen Gesamtverkehr sind diese Fahrten für 40 Prozent des Energieverbrauchs und für 50 Prozent der lokalen Emissionen verantwortlich. Aber auch durch Personenwirtschafts- und Dienstleistungsverkehr ist – nicht zuletzt durch die Zunahme des Online-Handels oder von Pflegediensten – eine rapide Steigerung des Fahrtenaufkommens zu verzeichnen.

Im November 2016 ging es in einem Difu-Seminar um die Notwendigkeiten und Möglichkeiten für die Integration dieser Verkehrsart in die Verkehrsplanung. Dabei wurden neben der Darstellung der Entwicklungstendenzen vor allem praktische Beispiele für Strategien und Maßnahmen – u.a. Umsetzungsmöglichkeiten in der kommunalen Verkehrsplanung und beispielsweise der Einsatz von elektrischen Fahrzeugen oder Lastenrädern – sowie rechtliche Fragen thematisiert.

Der im November 2016 beschlossene Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung formuliert erstmals das verkehrsspezifische CO₂-Minderungsziel (minus 40 Prozent 1990-2030). Um dieses Ziel zu erreichen muss auch der Wirtschaftsverkehr einen Beitrag leisten. Als eine Strategie schlägt die Bundesregierung die Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen vor. Hier kommen auch Aufgaben auf kommunale Aufgabenträger im Hinblick auf eine verkehrswirksame regionale Konsolidierung zu, wie z.B. eine entsprechende Gewerbeflächen-Planung. Das Umweltbundesamt stellt dazu derzeit Untersuchungen an und wird einen umfangreichen Leitfaden für Kommunen, Transporteure und Verlader erstellen.

Ein gutes Beispiel für die umweltschonende Gestaltung des Lieferverkehrs stellt der Cargohopper in Amsterdam dar. Dieses kleine, wendige und elektrisch betriebene Fahrzeug kann drei Tonnen Nutzlast auf einen 20 m³-Auflieger laden und so effizient und stadtverträglich Innenstadtbereiche beliefern. Einen anderen Ansatz stellen die

Mikrokonsolidierungszentren für die Auslieferung in der letzten Meile dar. Diese Hubs dienen als unternehmensübergreifender Konsolidierungspunkt zwischen Lieferwagen und Fahrradkurier für die letzte Meile. Mit elektrischer Unterstützung können die Lastenräder Tourenlängen und Ladungsgewicht noch erhöhen. Im Gegensatz zum Kfz-Markt gibt es bei elektrisch unterstützten Fahrrädern mittlerweile eine große und fast alle Segmente abdeckende Angebotspalette.

Klar ist aber auch, dass für die stadtverträgliche Gestaltung des Wirtschaftsverkehrs noch einige



Foto: www.cargohopper.nl

Grundlagen geschaffen werden müssen. So fehlen aktuelle Parameter für die Verkehrserzeugung verschiedener Nutzungsformen – beispielsweise erzeugt durch ein Bürohaus oder einen Gewerbehof – sowie Handreichungen für die Integration von Maßnahmen in Verkehrsplanungsprozesse.



www.difu.de/10191



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de

Städte im Wandel – Die Rolle des Radverkehrs

Beim Parlamentarischen Abend der Fahrradakademie am Difu trafen sich am 17. Mai in der Botschaft des Königreichs der Niederlande rund 100 Experten aus Politik, Wissenschaft und Verbänden.

Der diesjährige Parlamentarische Abend der Fahrradakademie beschäftigte sich mit der Frage, welche Rolle der Radverkehr künftig im städtischen Verkehr einnehmen kann und was Deutschland und die Niederlande voneinander lernen können. Durch das Programm der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) geförderten Veranstaltung führte Christian Hochfeld, Geschäftsführer der Agora Verkehrswende.

Leichtigkeit des Radfahrens in den Niederlanden. Radfahren müsse Spaß machen, einfach und sicher sein – zentraler Baustein dafür sei eine gute Radverkehrsinfrastruktur. Aus Sicht Stefan Zierkes (SPD) sei ein wichtiges Ziel, den bisher skeptischen Menschen die Angst vor dem Fahrrad zu nehmen. Daher müsste man sich insbesondere in den Städten um eine Flächenumverteilung kümmern, bei der alle mitgenommen werden.

Die darauffolgende Podiumsdiskussion mit Menschen aus Kommunen, Wissenschaft und Verbänden gestaltete sich vielseitig:

Geert Ritsema (Stadt Arnhem) betonte die gesamtgesellschaftliche Integration des Fahrrads und die Unterstützung des Radverkehrs in den Niederlanden. Andrea Blome (Stadt Köln) führte aus, dass das prognostizierte Bevölkerungswachstum für Köln die Menschen vor allem auf kurzen Strecken aufs Rad bringen sollte, um einen Verkehrsinfarkt zu vermeiden. Dr. Martin Koers (Verband der Automobilindustrie) verwies auf die Notwendigkeit, gemeinsam Lösungen zu finden. Für Tilman Bracher (Difu) war die künftige Gestaltung der Städte und die sinnvoll eingebundene Digitalisierung das zentrale Thema der Zukunft. Gerd Bretschneider (Fuhrngewerbe-Innung Berlin-Brandenburg) forderte ein vernünftiges Miteinander zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln. Es sei Aufgabe der Politik, gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

In ihren Abschluss-Statements waren sich die vier Bundestagsabgeordneten einig, dass in der nächsten Legislaturperiode dem Radverkehr wesentlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten.



Foto: Doris Reichel



Podiumsdiskussion mit Christian Hochfeld, Gero Storjohann, Stefan Zierke, Sabine Leidig, Matthias Gastel (v.l.n.r.)

Begrüßt wurden die Gäste von Dr. Henk Voskamp (Botschaft des Königreichs der Niederlande in Berlin) und Norbert Barthle (Parlamentarischer Staatssekretär, BMVI), die beide die Bedeutung des Radverkehrs und dessen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität in den Städten herausstellten.

Der Impulsvortrag des Niederländers Maarten Woolhuis (CycleSpace Amsterdam) beleuchtete die Transformation der Städte durch den Radverkehr. Im Ergebnis sei eine Erhöhung des Radverkehrsanteils in den Städten bis 2030 auf 50 Prozent aus lokaler und globaler Sicht notwendig, benötigt werden hierfür kreative Ideen und visionäre Führungskräfte auf allen Ebenen.

Die anschließenden Statements der eingeladenen Bundestagsabgeordneten zusammengefasst:

Sabine Leidig (Die Linke) betonte die Notwendigkeit einer Verkehrswende mit weniger Auto- und mehr Radverkehr. Aus Sicht Gero Storjohanns (CDU/CSU) sind für die Verkehrswende demokratische Prozesse notwendig, ein Wandel könne nicht von oben delegiert werden. Matthias Gastel (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf die



www.bit.ly/2sY2FzT



Tobias Klein
+49 30 39001-175
klein@difu.de

Sabine Schulten
+49 30 39001-174
schulten@difu.de

Celle – eine Stadt, in der es sich zu leben lohnt

Seit 2017 haben die Stadt Celle und das Difu ihre Kooperation vertieft. Celle nutzt als Zuwanderstadt die Difu-Serviceleistungen und profitiert vom erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in die Stadt lohnt sich.



Foto: CTM – Celle Tourismus und Marketing GmbH



Celle, Café in der Schuhstraße



www.celle.de

Celle steht für Tradition und Geschichte. Das Fachwerkensemble der 725 Jahre alten Residenzstadt ist berühmt. Doch Celle ist weit mehr als ein touristischer Anziehungspunkt. Eine sympathische Stadt: weltoffen, multikulturell und aufgeschlossen. Menschen aus rund 110 Nationen prägen den Alltag, sorgen für internationales Flair. Für Rund 70.000 Menschen ist das Oberzentrum Celle Heimat und Lebensmittelpunkt. Die 5.200 Gewerbebetriebe mit über 35.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sorgen für einen Ependlerüberschuss von fast 12.000 Berufstätigen. Mit jährlich mehr als 275.000 Übernachtungen und rund zwei Millionen Tagesbesuchern ist der Tourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Das Hotel- und Gastgewerbe sowie gästeorientierte Dienstleistungen bilden eine wichtige Säule der örtlichen Wirtschaft. Celle ist der europäische Hotspot von Öl und Gas: Über 50 Unternehmen der Erdöl- und Erdgasbohr- und -serviceindustrie mit rund 8.000 Beschäftigten haben hier ihren Sitz. Ihr Know-how übertragen sie auch auf die Geothermie. Die Technische Universität Clausthal betreibt in Celle das Forschungszentrum „Drilling Simulator“ und das Deutsche Zentrum für Tiefengeothermie des niedersächsischen Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie hat seinen Sitz in Celle. Die Bohrmeisterschule kümmert sich in Celle zudem um Ausbildung und Qualifizierung

in der Branche. Celle ist eine Stadt, in der es sich zu leben lohnt, denn sie bietet Lebensqualität und bleibt bezahlbar. Celle ist wandlungsfähig und stellt die Bedürfnisse der Menschen, die in Celle leben oder leben möchten, in den Mittelpunkt. Ob junge Paare, Singles, Familien oder Best Ager: Jeder kann seine Pläne verwirklichen oder eine neue Lebensphase nach seinen Bedürfnissen gestalten und findet den Freiraum dafür. Beispiele hierfür sind die Allerinsel, wo in den nächsten Jahren ein neues urbanes Wohnquartier in City-Nähe entsteht, attraktive Neubaugebiete sind in Vorbereitung und durch Modernisierung entsteht zeitgemäßer Wohnraum in historischer Fachwerkkonstruktion. Im Vergleich zu den angrenzenden Regionen sind Miet- oder Eigentumswohnungen, Bestandsimmobilien oder auch Baugrundstücke immer noch deutlich günstiger.

Celle punktet mit Herzlichkeit, Charme und Niveau, gewinnt mit einem Mix aus Natur, Kultur, kurzen Wegen und moderner Infrastruktur. Mit der Lüneburger Heide hat Celle zudem ein beliebtes Naherholungs- und Feriengebiet direkt nebenan. Und wenn's etwas mehr Stadt sein soll: In weniger als einer Stunde ist man mit Bahn oder Pkw in Hamburg, Hannover, Bremen, Wolfsburg oder Braunschweig.



Vivien Bua

arbeitet seit Februar 2016 als Referentin für Personalentwicklung und Personalmanagement im Difu am Standort Berlin. Sie absolvierte eine kaufmännische Ausbildung und studierte berufsbegleitend International Business Communication mit Schwerpunkt Personalmanagement (B.A.) in Stuttgart und München. Nach Stationen in der Unternehmensberatung und der Startup-Branche, sammelte sie bei einem Technologiekonzern in München mehrjährige Praxiserfahrung im HR-Bereich mit dem Schwerpunkt Recruiting und Personalentwicklung. Vivien Bua freut sich darüber, das Difu tatkräftig im Personalbereich zu unterstützen.

Christina Kratz

wird das Difu Ende August 2017 nach über zehn Jahren verlassen. Nach einer Ausbildung im Bibliotheksbereich studierte sie Wirtschaftsrecht (L.L.B.) und Bibliotheks- und Informationswissenschaften (M.A. LIS) in Berlin und Köln. Seit Ende 2006 war sie als studentische Hilfskraft und später als Dokumentarin im Bereich Wissensmanagement für die Difu-Literaturdatenbank ORLIS tätig. Ihre Schwerpunkte lagen in der Einarbeitung Grauer Literatur und der zunehmend bedeutsamen elektronischen Publikationen sowie dem Rechtemanagement für den Difu-Volltextserver. Frau Kratz wechselt zur Bibliothek der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Karin Krier

war bei ihrem Eintritt in das Institut im September 2012 zunächst als Assistentin der Institutsleitung zugeordnet. Sie hat mit großem Engagement an dieser wichtigen Schnittstelle sowohl nach „innen“ als auch nach „außen“ das breite Spektrum der mit dieser Stelle verbundenen Aufgaben wahrgenommen. Ab September 2014 unterstützte sie tatkräftig die Assistentinnen im Arbeitsbereich Fortbildung. Zudem begleitete sie die Difu-Wissenschaftler bei der Vorbereitung der Seminare. Vor allem aber war sie Ansprechpartnerin bei organisatorischen Fragen der Teilnehmenden und Referierenden in den vielen Difu-Seminaren.

Marie Melzer

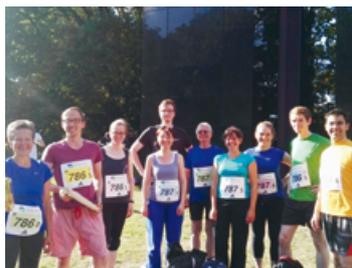
arbeitet seit Februar 2017 als Assistentin beim „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ am Standort Berlin. Sie studierte Übersetzen und Dolmetschen an der Uni Leipzig und sammelte bereits während dieser Zeit Praxiserfahrungen im Assistenzbereich, unter anderem in Leipzig, aber auch im internationalen Bereich in Granada und Bukarest. Nach ihrem Abschluss war Marie Melzer in Berlin als Fremdsprachensekretärin im Forschungsbereich sowie im internationalen Kundenservice tätig. Beim SK:KK ist sie hauptsächlich für die Organisation von Veranstaltungen zuständig.

Diana Nenz

arbeitet seit April im Forschungsbereich Infrastruktur und Finanzen. Zunächst wird sie ihre Erfahrungen mit Kooperationsprozessen im Wassersektor in das Projekt „Resilient networks – Beiträge städtischer Versorgungssysteme zur Klimagerechtigkeit“ einbringen. Parallel promoviert sie am Zentrum für nachhaltige Entwicklung der University of Cambridge zu Herausforderungen für eine künftige Wasserversicherheit, wobei sie den Einfluss unterschiedlicher Risikowahrnehmungen und Unsicherheiten auf die Entwicklung zukunftsfähiger Infrastrukturen untersucht. Vor ihrer Tätigkeit am Difu arbeitete sie am PIK, der GLZ und adelphi. Ihr Schwerpunkt war die Gestaltung und Umsetzung von Dialogprozessen an internationalen Gewässern und in lokalen Kooperationen mit dem Privatsektor in Europa, Ostafrika, Südostasien und dem Nahen Osten. Sie studierte Landschaftsplanung (Dipl.-Ing.) und internationale Umweltpolitik an der TU Berlin, der Wageningen University (NL) und der Hebrew University (IL).

Abgebildete (v.l.n.r.)

Vivien Bua, Christina Kratz (Foto: Steffen Weigelt), Karin Krier, Marie Melzer, Diana Nenz, (alle anderen Fotos: David Ausserhofer)



Libanesische Regierungsdelegation zu Gast im Difu

Am 12. Mai besuchte eine hochrangige Delegation libanesischer Verwaltungsmitarbeiter im Rahmen deutsch-libanesischer Regierungskonsultationen das Difu, um sich über aktuelle Trends der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland zu informieren. Neben vielen Unterschieden, die zwischen beiden Ländern bestehen, wurden auch Gemeinsamkeiten erörtert. Auch wenn für den Libanon Fragen einer umfassenden Föderalisierung derzeit keine Reformoption darstellen, so sammelt das Land erste Erfahrungen mit behutsamen Kommunalisierungsversuchen.

Bielefelder Stadtentwicklungstage: Smarte Stadt durch Digitalisierung

Am 17. Mai 2017 hielt Difu-Institutsleiter Prof. Martin zu Nedden den Vortrag „Digitalisierung als Element der integrierten Stadtentwicklung“ bei den 12. Bielefelder Stadtentwicklungstagen. Der Kongress Kooperative Stadtentwicklung hatte in diesem Jahr das Thema „Stadt 4.0 – Smarte Städte durch Digitalisierung?“ als Schwerpunkt und widmete sich vor allem den Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung im städtischen Kontext. Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Architektur/Stadtplanung, Wohnen/Quartier, Wirtschaft/Arbeit und Freizeit/Kultur.

➔ www.bit.ly/2qv710t

Die Architektenkammer Sachsen hat Difu-Institutsleiter Prof. Martin zu Nedden erneut in den Stiftungsrat der Stiftung Sächsischer Architekten berufen. Bereits in den letzten Jahren hat er als Vorsitzender dieses Gremiums amtiert. Eine zentrale Aufgabe der Stiftung ist die Förderung der Baukultur, vorrangig in Sachsen und Mitteldeutschland.

➔ www.aksachsen.org

ExWoSt: Nachhaltige Weiterentwicklung von Gewerbegebieten

Am 19. Mai nahm Difu-Wissenschaftlerin Sandra Wagner-Endres an der Podiumsdiskussion „Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit als Orientierungen für Gebietserneuerung“ im Rahmen der BMUB-/BBSR-Fachtagung „Nachhaltige Entwicklung von Gewerbegebieten“ in Frankfurt am Main teil.

Das Difu beschäftigt sich mit dem Thema u.a. im Rahmen eines Projekts.

➔ www.difu.de/9624

SDG-Monitoring in Deutschland und Afrika

Am 30. Mai stellte Difu-Wissenschaftlerin Dr. Jasmin Honold bei einem Webinar des GIZ-Fachverbundes Good Governance Subsahara-Afrika („GGA Talk“) Schwerpunkte des „Monitors Nachhaltige Kommune“ und das Konzept der Sustainable Development Goals (SDG)-Indikatorenentwicklung vor. Teilgenommen haben GIZ-Mitarbeiter und Partner aus verschiedenen, hauptsächlich afrikanischen Ländern. In einem weiteren Beitrag zu einem geplanten SDG-Monitoring in Ghana wurden vor allem Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Voraussetzungen und im Vorgehen erörtert.

➔ www.bit.ly/2tor4zX

Difu auf Hauptversammlung des Deutschen Städtetages präsent

Vom 30. Mai bis 1. Juni war das Difu mit einem Infostand auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Nürnberg präsent. An der unter dem Motto „Heimat – Zukunft – Stadt“ stehenden Versammlung nahmen rund 1200 Delegierte und Gäste aus zahlreichen Städten aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Viele informierten sich am Info-Stand über die Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten des Difu.

➔ www.bit.ly/2tpXc5y

Difu besucht Deutsches Institut für Normung (DIN)

Am 1. Juni stellte Dr. Jasmin Honold in Berlin gemeinsam mit Henrik Riedel von der Bertelsmann Stiftung im Rahmen eines „Breakfast Briefing“ einer Tagung zur DIN/TC 268 („Sustainable development in communities“) Ergebnisse des „Monitor Nachhaltige Kommune“ und den theoretischen Projektansatz zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement vor. Mehr als 40 Teilnehmende aus aller Welt waren dabei.

➔ www.bit.ly/2sV1Urx

Das Difu ist gelaufen: Team-Staffel der Berliner Wasserbetriebe

Am 14. Juni 2017 ging das Difu mit zwei Mannschaften – disziplinenübergreifend,

generationen- und geschlechtergemischt – beim Berliner „SCC TEAM-Staffellauf“ an den Start. Gelaufen wurden jeweils 5 x 5 km im Tiergarten. Bei diesem Event mit 5.808 Staffeln waren insgesamt 29.040 Läufer unterwegs. Perfektes Wetter und Picknickkorb hoben die Stimmung. Nach längerer Laufabstinenz des Difu-Teams waren Mitmachen und Spaß entscheidender als die Platzierung.

➔ www.bit.ly/2t4hAas

Deutscher Kommunalkongress 2017

Am 19. Juni hielt Difu-Wissenschaftler Dr. Wulf-Holger Arndt auf dem Deutschen Kommunalkongress 2017 des DStGB im Fachforum Mobilität und Stadtlogistik einen Einführungsvortrag zu Handlungsherausforderungen der Kommunen im städtischen Wirtschaftsverkehr. In der Folgediskussion ging es darum, wie Kommunen mit steigenden Anforderungen der Emissionsgesetzgebung und zum Klimaschutz umgehen. Konsens war, dass Wirtschaftsverkehr hierzu einen wichtigen Anteil leisten muss, technische Maßnahmen allein reichen nicht aus.

➔ www.bit.ly/2tsTitM

Difu auf Weltfahrradkonferenz Velocity in Nijmegen

Am 13.6.17 referierten Sebastian Bührmann und Tilman Bracher auf der mit 1500 Teilnehmern aus 80 Ländern größten Weltfahrradkonferenz Velocity in Nijmegen bei der „Belgian and German Session“, und am 16.6.17 moderierte Bracher einen Workshop zu Nationalen Radverkehrsplänen. König Wilhelm Alexander der Niederlande eröffnete die Veranstaltung, EU-Kommissarin Violeta Bulc versprach mehr Unterstützung der EU für Radverkehrspolitik, Oberbürgermeister Kurz aus Mannheim würdigte „200 Jahre Fahrrad“ durch Freiherr von Drais.

➔ www.bit.ly/2sqJewN

Difu im Berliner Mobilitätsbeirat

Die Berliner Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Regine Günther, berief Tilman Bracher, den Leiter des Difu-Forschungsbereichs Mobilität, in den neu gegründeten Berliner Mobilitätsbeirat. Dieser tagte erstmals am 20. Juni 2017 und diskutierte Überlegungen zum geplanten Mobilitätsgesetz.



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, öffentlich zugängliche Online-Publikationen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese exklusiven Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
 www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
 www.difu.de/institut/zuwender

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 3/2017
 www.difu.de/11354

Akteure im kommunalen Klimaschutz erfolgreich beteiligen
 www.difu.de/11312

Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt
 www.difu.de/11310

Kommunales Transformationsmanagement für die lokale Wärmewende
 www.difu.de/11268

Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben
 www.difu.de/11295

In allen Größen! Stärkung von Pflegekindern und ihren Familien
  www.difu.de/11290

Integrierte Bewertung neuartiger Wasserinfrastruktursysteme
 www.difu.de/11279

Ausgezeichnete Praxisbeispiele
 www.difu.de/11275

Europäische Modelllösungen nutzen!
 www.difu.de/11257

Veranstaltungsdokumentationen

Fachkräftemangel in der Kommunalverwaltung
  www.difu.de/10887

Strategisches Wissen in der kommunalen Verkehrsplanung II
  www.difu.de/10885

Kommunale Handlungsoptionen zur Verbesserung der Bildungschancen von Geflüchteten
  www.difu.de/11168

22. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement
  www.difu.de/11009

47. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung
  www.difu.de/10880

Jahrestreffen 2017 der Difu-Zuwender
  www.difu.de/11040

Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis
  www.difu.de/10876

Digitalisierung und Smart City – Wie IKT kommunale Dienstleistungen verändert
  www.difu.de/10863



db deutsche bauzeitung 08|2017,
4. Juli 2017

Nach der Diät ist vor der Diät

Das »beschleunigte Verfahren« nach § 13b BauGB beschleunigt den Flächenverbrauch. Die neu eingeführte Regelung könnte dazu führen, dass sich der Flächenverbrauch wieder verdoppelt: Das hieße, dass wir 2019 genau wieder dort wären, wo wir 2000 waren, bei einem Verbrauch von über 120 ha am Tag.

➔ www.bit.ly/2sUbjwY

Sächsische Zeitung, 19.6.2017
Ideen für neues Wohngebiet

Die Stadt Radebeul hat nach Konzepten für ein lebendiges Quartier auf dem ehemaligen Sportplatz gesucht.

➔ www.bit.ly/2tQTaDU

ZEIT ONLINE, 12.6.2017

Parken verteuern, Bus und Bahn ausbauen

In Deutschland ist das Parken unverschämte günstig. Städte im Ausland zeigen, wie man mit kluger Parkraumbewirtschaftung und den nachhaltigen Verkehr stärkt.

➔ www.bit.ly/2tp68HS

Berliner Zeitung online, 10.6.2017

Radfahren in Berlin: Die 41. Sternfahrt soll die größte Fahrrad-Demo der Welt werden

Sie radeln wieder – auch auf der Stadtautobahn. Rund 150.000 Radfahrer erwartet der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADAC) für diesen Sonntag zur jährlichen Sternfahrt durch Berlin.

➔ www.bit.ly/2sXdW4P

Springer Professional, 5.6.2017

Öffentlichkeitsbeteiligung qualifizieren

Aktuelle Debatten fordern neue Formen einer umfassenden und intensiven Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten. Dr. Stefanie Bock stellt Handlungsempfehlungen für umweltrelevante Vorhaben vor.

➔ www.bit.ly/2sZ27uF

brand eins, 6/2017

Freie Fahrt für alle

Gratis Bus und Bahn fahren klingt nach einer tollen Idee. Ist es das auch?

➔ www.bit.ly/2sEK5uW

BundesBauBlatt, 6/2017

LED verbinden Lichtqualität und Klimaschutz

Licht emittierende Dioden (LED) gelten als eine der Schlüsseltechnologien für den kommunalen Klimaschutz: Die Umstellung von Beleuchtungsanlagen auf LED in Verbindung mit einer optimierten Lichtsteuerung kann den Stromverbrauch um mehr als 80 Prozent verringern.

➔ www.bit.ly/2sEtOGo

ZEIT ONLINE, 11.2.2017

„Preiserhöhungen werden zunehmend kritisch gesehen“

Politikern ist der große Nutzen eines guten, erschwinglichen Nahverkehrs oft nicht bewusst, sagt der Experte Jürgen Gies. Steigen die Bürger bei teuren Tickets ins Auto?

➔ www.bit.ly/2khuxHM

Focus online, 24.5.2017

200 Experten beraten über das energieeffiziente kommunale Gebäude

Die Stadt Aachen als Gastgeberin und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hatten zum „22. Deutschen Fachkongress für kommunales Energiemanagement“ in die RWTH Aachen eingeladen.

➔ www.bit.ly/2tRNQFT

Stuttgarter Zeitung online, 10.5.2017

Verdrängung durch Reiche gilt als Tabuthema

Eine Studie des Instituts für Urbanistik thematisiert die Probleme der alteingesessenen Bevölkerung durch die Aufwertung von Stadtquartieren auch in Stuttgart.

➔ www.bit.ly/2tRk7Uj

Hamburger Abendblatt online, 10.5.2017

Fachtagung zu klimagerechter Verkehrsplanung in Schwerin

In deutschen Städten sollen Radfahrer mehr Platz bekommen und Carsharing sowie Elektromobilität mehr Unterstützung erhalten.

➔ www.bit.ly/2stx6hA

PublicManager, 9.5.2017

KfW-Kommunalpanel 2017: Entspannungssignale, aber noch keine Entwarnung bei kommunalen Investitionen

Gute konjunkturelle Rahmenbedingungen und finanzielle Entlastungen erlauben mehr Investitionen. Der kommunale Investitionsrückstand nimmt ab, bleibt mit 126 Mrd. EUR aber immer noch beachtlich. Die Finanzierungssituation der Kommunen am Kreditmarkt ist weiterhin gut.

➔ www.bit.ly/2rUuFFV

rbb online, 5.5.2017

Experte: ausreichende Nachfrage fraglich – Neues Leihradsystem Nextbike startet in Berlin

Seit zwei Monaten gehören 3.500 Lidl bikes zum Berliner Stadtbild. Nun bekommen sie Konkurrenz von Nextbike. Insgesamt könnten es bald bis zu 10.000 Leihfahrräder sein. Bisher sei der Markt dafür aber noch nicht da, sagt Verkehrsexperte Tilman Bracher.

➔ www.bit.ly/2pvMhI6

Immobilien Zeitung, 4.5.2017

Kleinstwohnung hat Zukunft

Kleinstwohnungen liegen voll im Trend, und das nicht nur temporär für Studenten oder Projektmitarbeiter, waren sich die Experten beim Jahreskongress Temporäres Wohnen einig. Quadratmeter sind demnach nicht mehr die entscheidende für die Mieter.

➔ www.bit.ly/2rUFU16

immobilien vermieten & verwalten,
5/2017

Stadtgrün in neuer Dimension

In unseren wachsenden Städten gerät das Grün unter Druck. Neue Ideen für die urbane Freiraumplanung sind gefragt.

➔ www.bit.ly/2qSznT4

Immobilien Zeitung, 20.4.2017

Wie Kommunen Flächen sparen und damit Geld verdienen können

Um zu testen, wie sich der Flächenverbrauch wirksam reduzieren lässt, startete das Umweltbundesamt 2015 das auf zwei Jahre angelegte Planspiel Flächenhandel. Die erste Auswertung des breit angelegten, kontrollierten Feldexperiments, an dem 87 Kommunen teilnahmen, liegt jetzt vor.

➔ www.bit.ly/2rUFBmY



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
difu@difu.de
www.difu.de

